

Herausgeber

Prof. Dr. **Michael Brzoska**,
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik an der
Universität Hamburg (IFSH)

Dr. **Walter E. Feichtinger**,
Landesverteidigungsakademie,
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement, Wien

Dr. **Volker Franke**, Kennesaw
State University, Kennesaw,
Georgia (USA)

Prof. Dr. **Hans J. Giessmann**,
Executive Director der Berghof
Foundation, Berlin

Prof. Dr. **Heiner Hänggi**,
Genfer Zentrum für die

demokratische Kontrolle der
Streitkräfte (DCAF), Genf

Dr. **Sabine Jaberg**, Führungsaka-
demie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. **Axel Krohn**, Führungsakade-
mie der Bundeswehr, Hamburg

Dr. **Patricia Schneider**, IFSH

Schriftleitung

Prof. Dr. **Michael Brzoska**

Redaktion

Dr. **Patricia Schneider**
(V.i.S.d.P.), IFSH

Susanne Bund

Martin Krüger

Dr. **Sybille Reinke de Buitrago**

Dr. **Tim René Salomon**

Beirat

Dr. **Detlef Bald**, München

Prof. Dr. **Susanne Buckley-
Zistel**, Universität Marburg

Prof. Dr. **Sven Chojnacki**, FU
Berlin

Alain Deletroz, Vizepräsident
International Crisis Group

Dr. **Véronique Dudouet**, Berghof
Foundation, Berlin

Prof. Dr. **Pál Dunay**, Genfer Zen-
trum für Sicherheitspolitik (GCSP)

Prof. Dr. **Susanne Feske**,
Universität Münster

Prof. Dr. **Heinz Gärtner**,
Universität Wien

Prof. Dr. **Laurent Götschel**,
Universität Basel

Prof. **Andrea de Guttry**, Scuola
Sant'Anna, Pisa

PD Dr. **Hans-Joachim Heintze**,
Ruhr-Universität Bochum

Heinz-Dieter Jopp, KptzS a.D.
ehem. FüAkBw, Hamburg

Prof. Dr. **Heinz-Gerhard
Justenhoven**, IThF, Hamburg

Dr. **Jocelyn Mawdsley**,
Newcastle University

Dr. **Anja Seibert-Fohr**,
MPI Heidelberg

Dr. **Marianne Wade**,
University of Birmingham

PD Dr. **Ines-Jacqueline Werkner**,
FEST, Heidelberg

THEMENSCHWERPUNKT

Migranten und Flüchtlinge als Herausforderung für
Deutschland und Europa

Patricia Schneider*

Abstract: The change in migration and refugee policy which has since 2015 occurred as a reaction to the large influx, oscillates between shielding and opening. This article attempts to provide some common ground on what has become a highly polarized debate by offering information on migration in general, and Germany and Europe in particular. What are the latest developments, and how can they be evaluated? To gain a better understanding of the developments, facts, data and policies from the global, European and German context on resettlement, maritime migration and navy operations, as well as on border management and perceived terror risks are referred to. In addition, the introduction of new German laws and regulations are discussed, as well as and whether the latest influx of migrants and asylum seekers is a chance or rather an excessive burden for society. In the final parts of the paper, an outlook is provided.

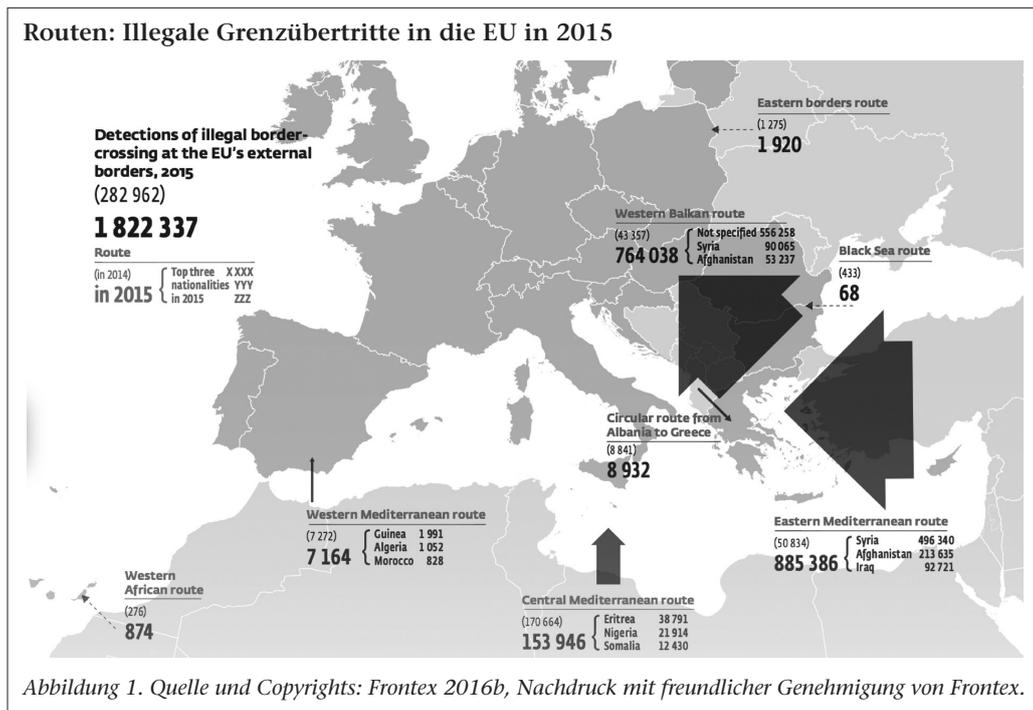
Keywords: migration, security, naval operations, refugee routes, German and European asylum policies, relocation, border controls, terrorism, polarisation

Stichworte: Migration, Sicherheit, Marineeinsätze, Fluchtrouten, deutsche und europäische Asylpolitik, Umverteilung, Grenzkontrollen, Terrorismus, Polarisierung

Seit 2015 erlebten wir als Reaktion auf Flüchtlings- und Migrationsbewegungen mehrere Politikwechsel in Deutschland und Europa. Diese oszillierten zum einen zwischen Öffnung und Abschottung, waren zum anderen aber nicht aufeinander abgestimmt. Die Politikmaßnahmen haben zu hochpolarisierten Debatten – innerstaatlich und international – geführt. Der Artikel soll einen Beitrag dazu leisten, die Diskussion zu versachlichen und einführend die wichtigsten empirischen Entwicklungen, Politikmaßnahmen und Argumentationslinien für den Bereich

„Migration, Sicherheit, Frieden“ in Deutschland und Europa aufzuzeigen. Wie stellen sich die aktuellen Entwicklungen dar und wie sind diese zu beurteilen? Dazu gehören Daten zum globalen Kontext (Kapitel 1), zu Bootsflüchtlingen und Marineeinsätzen

* Die Autorin bedankt sich für die Unterstützung bei Recherchen und der Erstellung von Tabellen bei *Nadja Sieffert* sowie *Morgane Chouzenoux* (Tabelle 7 und Tabelle 8). Gedankt sei auch den Kolleginnen und Kollegen *Prof. Dr. Michael Brzoska*, *Dr. Johann Schmid*, *OTL Jürgen Schrödl*, *Dr. Horst Sebastian Amanuel Tewelde*, *Kathrin Rupprecht*, *Dr. Tim René Salomon*, *Martin Krüger* und *Susanne Bund* für wertvolle Kommentare und Anregungen.



Management der meisten Flüchtlingslager weltweit zuständig ist, sich für die Anzahl der durch die syrische Krise ausgelösten Flüchtlingsbewegungen überfordert zeigte, was zu einer schlechteren Versorgung führte. Dafür ist auch deren chronische Unterfinanzierung durch die Mitgliedstaaten verantwortlich. Ende 2015 war das humanitäre Programm der UN für die syrischen Flüchtlinge nur zu 61 Prozent finanziert (Amnesty International 2016).

In der Region um Syrien befanden sich im März 2016 über 4,8 Mio. registrierte syrische Flüchtlinge – der Großteil in der Türkei (etwa 2,7 Mio.), im Libanon (1.07 Mio.), in Jordanien (639 Tsd.), im Irak (246 Tsd.) und Ägypten (118 Tsd.) (UNHCR 2016c). In der EU wurden zwischen April 2011 und

(Kapitel 2), Daten zu Deutschland (Kapitel 3) und Europa (Kapitel 4). Die Darstellung der Entwicklung der Politikmaßnahmen der EU (Kapitel 5) konzentriert sich auf Fragen der Umverteilung, des Grenzmanagements und des Terrorrisikos. Bei den deutschen Politikmaßnahmen (Kapitel 6) werden die neuen Gesetzespakete diskutiert sowie die Frage, ob wir es mit einer möglichen Überforderung oder mit einer Chance zu tun haben, bevor der Artikel mit einem Ausblick (Kapitel 7) endet.

Januar 2016 616 Tsd. Asylanträge gestellt (UNHCR 2016b). Somit liegen Aufnahmeländer der EU für die syrischen Flüchtlinge bisher etwa an vierter Stelle. Hinzu kommen die Binnenvertriebenen (6,5 Mio.) in Syrien in 2015 und ein enormer Bedarf an humanitärer Hilfe im Land (für 13,5 Mio. Menschen in 2015) (UNHCR 2015b: 9).³ Doch nicht nur Flüchtlinge aus Syrien, sondern auch aus anderen Staaten sind eine Herausforderung für die Fluchtprävention in den Herkunftsländern sowie die lokale Versorgung oder gar Integration im Transit- und Empfängerstaat.

1. Zahlen und Fakten: Global

Schon 2014 konstatierte der UNHCR, dass weltweit knapp 60 Mio. Menschen auf der Flucht sind. Dazu zählen Flüchtlinge, Rückkehrer, Asylsuchende, Staatenlose und mit über 38 Mio. die größte Gruppe der Binnenvertriebenen (UNHCR 2015a: 8). Die meisten Flüchtlinge befinden sich 2014 in der Türkei (1.59 Mio.), Pakistan (1.51 Mio.), Libanon (1.15 Mio.), Iran (982 Tsd.), Äthiopien (659 Tsd.) und Jordanien (654 Tsd.) (UNHCR 2015a: 2). Eine besondere Herausforderung stellen dabei länger als fünf Jahre anhaltende Flüchtlingssituationen dar – etwa 45 Prozent (UNHCR 2015a: 11). Dies weist darauf hin, dass es sich oft nicht um neue humanitäre Krisen handelt und weiterhin die überwiegende Last vom globalen Süden getragen wird.¹ Die langanhaltenden Flüchtlingssituationen führen wiederum zu heterogenen Flüchtlingsgruppen und stellen besondere Anforderungen an die Schaffung von Lebensgrundlagen für Flüchtlinge vor Ort.² Staaten, die geografisch näher an den Herkunftsländern der Flüchtlinge liegen, sind am stärksten belastet. Die aktuell größte Krise in Syrien ist geografisch nah an Europa, sodass nun auch in Europa verstärkt Schutz gesucht wird. Dabei hat auch eine wichtige Rolle gespielt, dass der UNHCR, die Organisation der Vereinten Nationen, die u.a. für den Aufbau und das

2. Bootsflüchtlinge und Marineeinsätze

Die Migranten/-innen erreichten Europa in 2015 über Land- und Seewege, davon über eine Million auf dem Seeweg. Die meisten davon kamen über Griechenland, in dessen Gewässern in 2016 bisher die meisten Toten und Vermissten registriert wurden (International Organization for Migration 2016a: 4) (vgl. Tabelle 1).

Ankünfte von Migranten in Europa in 2015

Staat	See	Land	Insgesamt	Mittelmeerroute
Griechenland	853.650	3.713	857.363	östlich
Bulgarien	-	31.174	31.174	
Italien	153.842	-	153.842	zentral
Spanien	3.845	-	3.845	westlich
Malta	106	-	106	
Zypern	269	-	269	
Insgesamt	1.011.712	34.887	1.046.599	

Tabelle 1. Daten der International Organization for Migration 2016a: 4 mit Ergänzung um Routen

³ Schwer ist oft die Trennung von Faktoren aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft, Politik und Soziales, die sich gegenseitig verstärken können. Zur Diskussion der Fluchtgründe in insbesondere der oft überschätzten Rolle des Klimawandels beim Ausbruch des Krieges in Syrien siehe Christiane Fröhlich 2016. Volker Boege (in dieser Ausgabe) beschäftigt sich mit der weltweiten Auswirkung von Klimawandel als Fluchtgrund am Beispiel von Umsiedlungen aufgrund des steigenden Meeresspiegels in Ozeanien.

¹ Zur Diskussion der Nord-Süd-Polarisierung und der Handlungsspielräume im Konflikt-Flucht-Nexus sowie der genderbezogenen Auswirkungen siehe Ulrike Krause in dieser Ausgabe.
² Vgl. dazu Kathryn Tätzsch in dieser Ausgabe.

Tote und vermisste Migranten/-innen im Mittelmeer nach Herkunftsregion in 2015

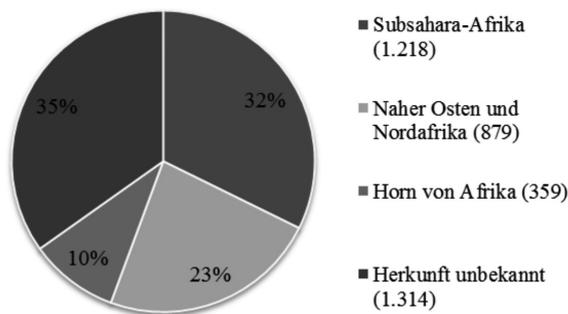


Abbildung 2. Daten des Missing Migrants Project 2016

Die Routen werden auch noch mal anhand der Abbildung 1 verdeutlicht.

Die Opfer, die aus unterschiedlichen Regionen kommen (deren Herkunft häufig aber auch unbekannt ist, siehe Abbildung 2), haben immer wieder zu Betroffenheit, Schlagzeilen und dem Ruf nach Politikmaßnahmen geführt. 2015 sind im Mittelmeer dennoch schätzungsweise – die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen – 3.770 Menschen als vermisst registriert worden und ertrunken, mehr als jemals zuvor (Missing Migrants Project 2016). Dies liegt auch an der erhöhten Anzahl der Flüchtlinge, die den unsicheren Seeweg auf teils seeuntauglichen Booten in 2015 wählten. Spätestens seit den Vorfällen vor Lampedusa im Oktober 2013 mit hunderten von Toten/Vermissten kam es zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für diesen Sachverhalt und Handlungsdruck, woraufhin verschiedene Marineeinsätze beschlossen wurden.

Als direkte Reaktion auf die Vorfälle vor Lampedusa kann die Einrichtung der Operation „Mare Nostrum“ der italienischen Marine und Küstenwache zur Seenotrettung von Flüchtlingen verstanden werden, die vom Herbst 2013 bis zum Herbst 2014 operierte und nach eigenen Aussagen mehr als 150.000 Menschen rettete (Ministero Della Difesa o.J.). Diese wurden nach Italien gebracht, wo sie einen Asylantrag stellen konnten. Der italienischen Marine wurde 2014 vorgeworfen, durch ihre Seenotrettungsprogramme Anreize für mehr Migration gegeben zu haben. Allerdings wählten später viele Migranten/-innen die Route nach Griechenland, sodass die Push-Faktoren, wie die Krisen im Nahen Osten, die dominanten Erklärungsfaktoren bleiben (Fargues 2015: 3-4). Die italienische Regierung forderte immer wieder eine stärkere Unterstützung durch die EU und ihre Mitglieder bei der Seenotrettung, der Beteiligung an den Kosten sowie bei der Aufnahme der Flüchtlinge und stellte die Operation schließlich aus Protest ein.

Im Juni 2014 verabschiedete die EU ihre *Europäische Maritime Sicherheitsstrategie* in

der u.a. die Schleusung von Migranten/-innen als Sicherheitsrisiko definiert und gesamteuropäisches Vorgehen als Ziel gesetzt wurde. Seit November 2014 agiert die von der EU-Grenzschutzagentur Frontex geführte EU-Marineoperation „Triton“, um die italienischen Aktivitäten insbesondere der Seenotrettung zu unterstützen. Triton ersetzte die schon vorher unterstützten Operationen Hermes und Aeneas (Europäische Kommission 2014). Im April 2015 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU auf einem Sondergipfeltreffen die finanziellen Mittel der Marinemission „Triton“ (mit Basis in Italien) zu verdreifachen (Euronews 2015). Ab Mai 2015 wurde „Triton“ ausgeweitet, sodass mehr Schiffe, Helikopter und Flugzeuge in einem größeren Seegebiet als zuvor und unter Beteiligung von insgesamt 26 Staaten agieren (Frontex 2015). Diese Maßnahmen, die Marineeinsätze und die privaten Seenotrettungsinitiativen könnten – neben der offenen Balkanroute – mitverantwortlich dafür sein, dass es seither geringere Opferzahlen und 2015 insgesamt eine stark nachlassende Nutzung der Seeroute von Libyen über das Mittelmeer nach Lampedusa bzw. Italien gab (vgl. Tabelle 1).

Die drei unten abgebildeten Landkarten zeigen die in 2015 hauptsächlich genutzten Routen für die Migrationsbewegungen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak (vgl. Abbildung 3, 4, 5).

Die EU betreibt seit Dezember 2013 „Eurosur“ (European border surveillance system), ein Überwachungssystem, das u.a. Satellitenüberwachung und Drohnentechnologie nutzt. Erklärtes Ziel von „Eurosur“ ist die Verbesserung des Managements der europäischen Außengrenzen und die Verbesserung der Lageerkennung und der Reaktionsfähigkeit. Dadurch soll dreierlei erreicht werden: Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, die Bekämpfung der „irregulären Migration“, sowie die Seenotrettung von Migranten/-innen (Frontex 2016a). Die Seenotrettung wurde offenbar dennoch nicht so weit optimiert, dass die Anzahl der Opfer im gesamten Mittelmeerraum stark eingeschränkt werden konnte.

Abbildung 3

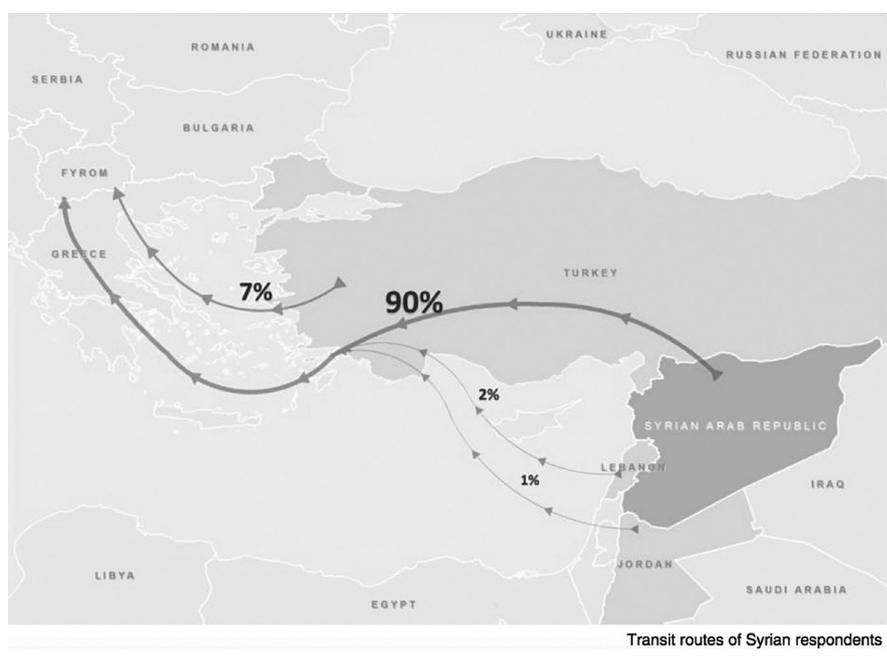


Abbildung 4

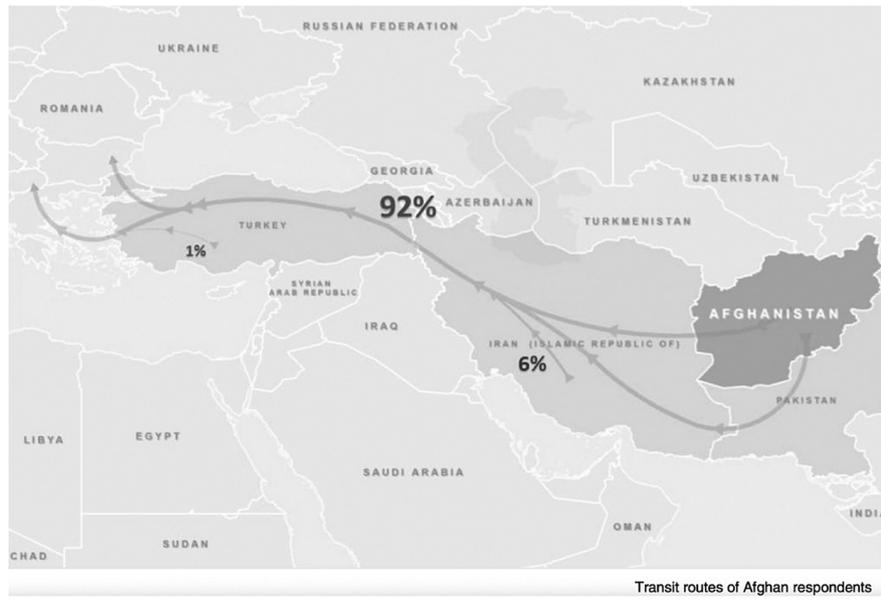


Abbildung 5

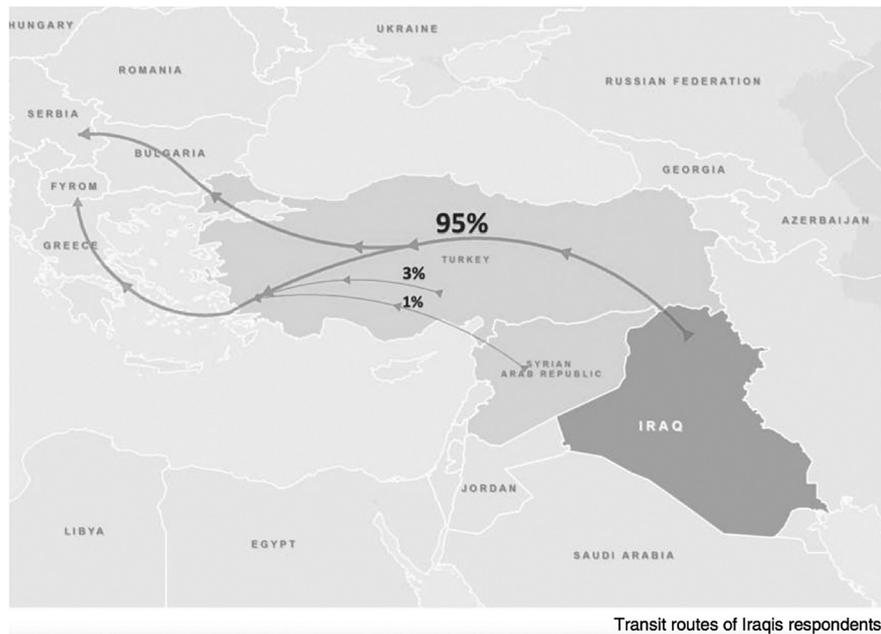


Abbildung 3, 4, 5. Quelle und Copyrights: International Organization for Migration 2016c, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der IOM.

Nach den erneut drastisch ansteigenden Zahlen im April 2015 (1.244 Tote/Vermisste im April, danach deutlich weniger, siehe Missing Migrants Project 2016) entschied die deutsche Bundesregierung, Marineschiffe zunächst ohne Mandat zur Seenotrettung ab dem 7. Mai 2015 im Mittelmeer einzusetzen, die in der Folge an der Rettung von 5.673 Menschen beteiligt waren (Bundeswehr 2015). Kurze Zeit später wurde im Juni 2015 die Operation „European Union Naval Force – Mediterranean (EUNAVFOR MED)“ ins Leben gerufen, an der sich auch die deutsche Marine beteiligt. Die Operation wurde später – nicht frei von Pathos – mit dem Zusatz „Operation Sophia“ umbenannt. Namensgeberin war ein am 24. August 2015 an Bord der Fregatte „Schleswig-Holstein“ ge-

borenes somalisches Mädchen (Bundeswehr 2016). Die Operation hat bereits mehr als zehntausend Menschen gerettet (European External Action Service 2016). Operation Sophia ist vornehmlich als Militäreinsatz gegen Schleuser gedacht und in verschiedene Phasen unterteilt. Während in der ersten Phase die Aufklärung im Vordergrund stand, startete im Oktober 2015 die zweite Phase damit, zudem verdächtige Schiffe in internationalen Gewässern zu überprüfen, woran sich auch die Bundeswehr beteiligt (Bötzel 2015). Für die in späteren Phasen angedachten Vorgehen in fremden (libyischen) Territorialgewässern (Phase 2b) oder fremden Territorien (Phase 3) fehlt es an der Zustimmung der Küstenstaaten (Bundeswehr 2016; Wikileaks 2016; Mogherini 2015).

Der im März 2016 begonnene *NATO-Einsatz in der Ägäis* dient ebenfalls der Bekämpfung von Schlepperkriminalität und sammelt Informationen über Grenzübertritte, um sie anschließend an die Behörden Griechenlands und der Türkei sowie an Frontex weiterzugeben. Da die Türkei kein EU- aber ein NATO-Mitglied ist, wurde hier die NATO als Institution genutzt, um einen solchen multilateralen Einsatz zu organisieren und zu koordinieren. Der Einsatz wurde auf Bitten Deutschlands, der Türkei und Griechenlands initiiert. Die Marinen der Türkei und Griechenlands sollen jeweils in ihren Hoheitsgewässern agieren, während Bundesweherschiffe und Schiffe anderer europäischer Marinen auch zwischen den Hoheitsgewässern der beiden Staaten unterwegs sind. Der ständige Einsatzverband des Militärbündnisses im Mittelmeer, die sogenannte „Standing Nato Maritime Group 2“ wurde dafür in das Seegebiet zwischen Griechenland und der Türkei verlegt (North Atlantic Treaty Organization 2016). Ein Bundestagsmandat wird von Verteidigungsministerin von der Leyen derzeit als nicht erforderlich erachtet (ZEIT ONLINE 2016c). Ein erster Effekt des NATO-Einsatzes

und des Türkei-Abkommens auf die Ankunftsahlen in Griechenland ist erkennbar: drei Wochen nach Beginn sind bereits deutlich weniger Migrant(inn)en über die Ägäis nach Griechenland gekommen (Stand Mitte April 2016, Gutschker 2016). Es wird u.a. damit gerechnet, dass die Überwachung der Seegrenze zwischen der Türkei und den griechischen Inseln zur Verschiebung der Migrationsbewegungen entweder in Richtung Nordafrika führt oder Schleuser neue, längere und gefährlichere Routen in der Ägäis finden (ACAPS 2016: 2).

Aufgrund der faktischen Schließung der Balkanroute seit Anfang 2016 fürchtet Italien, dass sich die Haupt-Flüchtlingsroute erneut, wie im Jahr 2014, in italienische Gewässer verlagert.

In dem Zeitraum vom Januar bis März 2016 kamen 80 Prozent mehr Flüchtlinge nach Italien als im Vorjahr (Cabrejas 2016). Dennoch kommt die überwiegende Anzahl weiterhin in Griechenland an (Frontex 2016b; International Organization for Migration 2016d).⁴

3. Zahlen und Fakten: Deutschland

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bestätigte für das Jahr 2015 476.649 Asylerstanträge (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016d). Die tatsächliche Zahl in Deutschland eingereister Flüchtlinge wird für 2015 auf mehr als das Doppelte, auf 1,1 Mio. geschätzt. Die Diskrepanz kann mit unterschiedlichen Faktoren erklärt werden. Zum einen damit, dass es mehrere Monate dauern kann, bis eine eingereiste Person einen Asylantrag stellen kann und somit noch Anträge ausstehen, zumal das Gros der Migranten/-innen im letzten Quartal einreiste. Außerdem reist ein Großteil der in Deutschland ankommenden Personen weiter (temporärer Unterbringungsbedarf), bevor sie überhaupt im EASY-System⁵ erfasst werden, damit sind Fehlerfassungen möglich. Anhand des EASY-Systems soll die Erstverteilung von Asylbegehrenden auf die einzelnen Bundesländer⁶ erfolgen (anders für unbegleitete Minderjährige). Zu Doppelerfassungen kann es kommen, da diese oft nicht namentlich oder per Fingerabdruck erfasst wurden oder diese Daten nicht ausgetauscht wurden (Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge 2016a). Es ist also zu erwarten, dass die tatsächlichen Asylantragszahlen der im Jahr 2015 eingereisten Flüchtlinge insgesamt niedriger liegen als die 1,1 Mio. Registrierungen und dass, gemessen an der bisherigen Anerkennungspraxis, davon nur etwa die Hälfte bleiben kann. Denn die Gesamtschutzquote der im Jahr 2015 entschiedenen Asylanträge lag bei 49,8 Prozent (siehe Tabelle 3). Zu den aktuellen Asylantragstellern/-innen kommen wiederum die Menschen hinzu, die schon länger in Deutschland (als Flüchtlinge) leben.⁷ Die unbearbeiteten, also noch laufenden Asylanträge beliefen sich im Dezember 2015 auf mehr als 364 Tsd. (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016c).⁸

4 Etwa zehn Prozent der in Italien ankommenden und ein Viertel der in Griechenland ankommenden Migranten sind Kinder; die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in der EU sind am meisten gefährdet zu „verschwinden“ bzw. gelten häufig als „vermisst“; zu den Gründen siehe (Allsopp/Sigona 2016).

5 EASY steht als Abkürzung für „Erstverteilung der Asylbegehrenden“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016a). Aufgrund der Grenzsicherungen auf der Balkanroute wurden im Februar 2016 nur noch etwa 61 Tsd. Flüchtlinge vom „Easy“-System erfasst, im Januar 2016 waren es 91.671 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016f).

6 Aufnahmequoten für die einzelnen Bundesländer werden nach dem sog. Königsteiner Schlüssel festgesetzt, der nach den Steuereinnahmen und der Bevölkerungszahl der Länder berechnet wird. Da die Fläche dabei keine Rolle spielt, ist die Unterbringung insbesondere für die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen eine besondere Herausforderung (Der Tagesspiegel 2016a).

7 So zählte das Statistische Bundesamt im Ausländerzentralregister für 2014 1,34 Mio. Zuzüge (inkl. Asylbewerber) und 766 Tsd. Fortzüge mit einem Wanderungssaldo von 577 Tsd. Ausländern/-innen. Für das Jahr 2015 schätzte es 1,65 Mio. Zuzüge und 618 Tsd. Fortzüge ins Ausland mit einem Wanderungssaldo von 1,036 Mio. Personen. Zudem verliert Deutschland jährlich durchschnittlich 25.000 Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft (Statistisches Bundesamt 2016; Engler et al. 2015).

8 Dietrich Thränhardt (2015) sieht die Gründe dafür an einem Festhalten an ineffizienten Verfahren und ungenügender personeller Ausstattung insbes. an „Entscheidern“. Im Jahr 2016 soll sich die Zahl der Mitarbeiter im BAMF mehr als verdoppeln (Thränhardt 2015b).

Betrachtet man die Zahlen der Asylerstanträge in Deutschland wird noch einmal ganz deutlich, wie stark der Anstieg aus den verschiedenen Herkunftsländern war (siehe Tabelle 2).

Asylerstanträge in Deutschland der Jahre 2014 und 2015 insgesamt: Herkunftsländer

Die 10 stärksten Herkunftsländer	2014	2015	Vergleich zum Vorjahr (in Prozent)
1. Syrien, Arabische Republik	39.332	158.657	+303,4
2. Albanien	7.865	53.805	+584,1
3. Kosovo	6.908	33.427	+383,9
4. Afghanistan	9.115	31.382	+244,3
5. Irak	5.345	29.784	+457,2
6. Serbien	17.172	16.700	-2,7
7. Ungeklärt	3.421	11.721	+242,6
8. Eritrea	13.198	10.876	-17,6
9. Mazedonien	5.614	9.083	+61,8
10. Pakistan	3.968	8.199	+106,6
Summe aller Herkunftsländer	173.072	441.899	+155,3

Tabelle 2. Daten des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016d, sortiert anhand der Haupt-Herkunftsländer im Jahr 2015.

Vergleicht man die Herkunftsländer der Erstantragssteller/-innen vom Januar 2016 (es sind dieselben Top-10-Länder im Februar und März 2016) mit den Top 10 aus 2014 und 2015 (Abbildung 6 und Tabelle 2) sind vier Staaten nicht mehr vertreten. Neben Somalia sind das die südosteuropäischen Länder Kosovo, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina; hinzugekommen sind der Iran und die Fallgruppe „staatenlos“.⁹ Die Erstanträge aus sechs ehemaligen jugoslawischen Staaten umfassen nur noch 5,3 Prozent und es ist ebenfalls ein Rückgang der Folgeanträge¹⁰ in dieser Gruppe zu verzeichnen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016e: 14). Dieser Rückgang ist durch die geringe Erfolgs- bzw. Schutzquote für Antragsteller/-innen aus Südosteuropa zu erklären. Zudem fanden Aufklärungskampagnen, wie Zeitungs- und Facebookanzeigen, TV-Interviews, Presseerklärungen und Internetseiten in den Herkunftsländern statt, über die Unmöglichkeit, Schutz aufgrund von wirtschaftlicher Not zu erhalten und von Rückführungen zu berichten (Deutscher Bundestag 2015b: 4-5). Die von den aus Südosteuropa Eingereisten wahrgenommene Perspektivlosigkeit, allgemeine Abwärtstrends und gesellschaftliches Auseinanderdriften waren nicht ausreichend für die Anerkennung der Schutzbedürftigkeit und nur in Einzelfällen konnte Verfolgung nachgewiesen werden.

Syrien, Irak und Afghanistan sind 2016 mit Abstand die am stärksten vertretenen Herkunftsländer.¹¹ Antragsteller/-innen aus diesen Ländern sowie aus Eritrea weisen die höchsten Schutzquoten auf (siehe Tabelle 3).

9 Staatenlos ist, wer unter nationalen Gesetzen keine Staatsbürgerschaft eines Landes besitzt (UNHCR 2016a).

10 Ein Folgeantrag ist ein „erneuter Asylantrag nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016b).

11 Einen Überblick über die Situationen in den 10 Top-Herkunftsländern 2015 und wichtigsten Fluchtgründe bietet ein Informationspapier des Mediadienst Integration 2015.

Asylanträge insgesamt (Erst- und Folgeanträge) in Deutschland: Die 10 stärksten Herkunftsländer im Jahr 2015

Herkunftsländer	Asylanträge insgesamt	Gesamtschutzquote
Syrien, Arabische Republik	162.510	96 Prozent
Albanien	54.762	0,2 Prozent
Kosovo	37.095	0,4 Prozent
Afghanistan	31.902	47,6 Prozent
Irak	31.379	88,6 Prozent
Serbien	26.945	0,1 Prozent
Ungeklärt	12.166	80,2 Prozent
Eritrea	10.990	92,1 Prozent
Mazedonien	14.131	0,5 Prozent
Pakistan	8.472	9,8 Prozent
Summe Top 10	390.352	54,9 Prozent
Herkunftsländer gesamt	476.649	49,8 Prozent

Tabelle 3. Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 2016d: 2

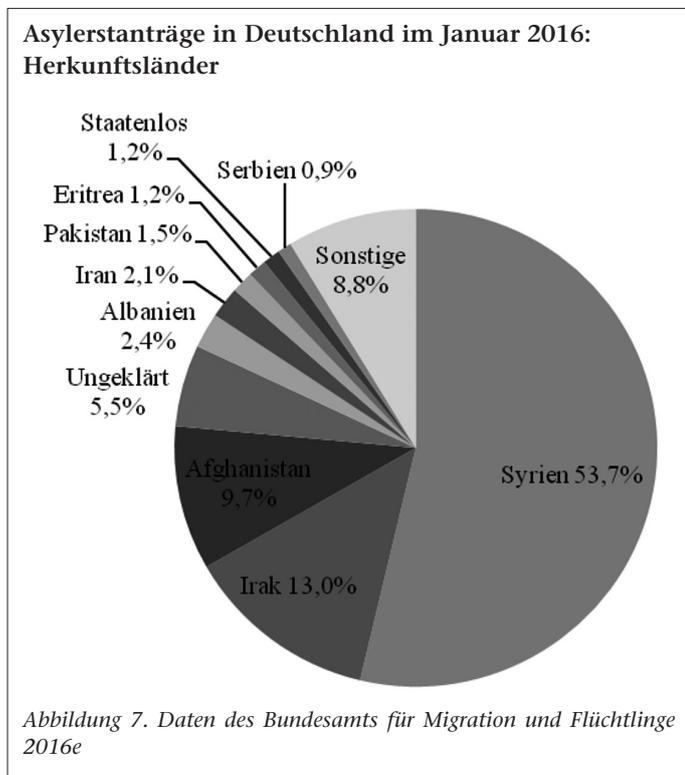


Abbildung 7. Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 2016e

4. Zahlen und Fakten: EU

2015 registrierte die EU insgesamt 1,255 Mio. Asylbewerber/-innen, 2014 waren es 564 Tsd. und 2013 waren es 431 Tsd. Asylbewerber/-innen. Mit schnellen Konfliktlösungen, die zu erheblichen Reduzierungen der Flüchtlinge führen könnten, rechnet zurzeit niemand. Die Europäische Kommission prognostizierte sogar mehr als drei Mio. Flüchtlinge für das Jahr 2016 (Migration Policy Group 2015). Die Steigerungswerte von 2014 zu 2015 und der prozentuale Anteil eines Landes am Gesamtwert aller Asylanträge in der EU in 2015 lassen sich der folgenden Tabelle 4 entnehmen. Bei den absoluten Zahlen ist Deutschland Spitzenreiter.

EU: Erstanträge auf Asyl (sortiert nach Anteil am EU-Gesamtwert 2015)

	Zahl der erstmaligen Bewerber			Anteil am EU-Gesamtwert (in Prozent)	Bewerber je eine Mio. Einwohner*
	2014	2015	Entwicklung (in Prozent)		
EU	562.680	1.255.640	+123	100,0	2.470
Deutschland	172.945	441.800	+155	35,2	5.441
Ungarn	41.215	174.435	+323	13,9	17.699
Schweden	74.980	156.110	+108	12,4	16.016
Österreich	25.675	85.505	+233	6,8	9.970
Italien	63.655	83.245	+31	6,6	1.369
Frankreich	58.845	70.570	+20	5,6	1.063
Niederlande	21.780	43.035	+98	3,4	2.546
Belgien	14.045	38.990	+178	3,1	3.463
Ver.	32.120	38.370	+19	3,1	591
Königreich					
Finnland	3.490	32.150	+822	2,6	5.876
Dänemark	14.535	20.825	+43	1,7	3.679
Bulgarien	10.805	20.165	+87	1,6	2.800
Spanien	5.460	14.600	+167	1,2	314
Griechenland	7.585	11.370	+50	0,9	1.047
Polen	5.610	10.255	+83	0,8	270
Irland	1.440	3.270	+127	0,3	707
Luxemburg	1.030	2.360	+129	0,2	4.194
Zypern	1.480	2.105	+42	0,2	2.486
Malta	1.275	1.695	+33	0,1	3.948
Portugal	440	830	+89	0,1	80
Rumänien	1.500	1.225	-18	0,1	62
Tschech. Republik	905	1.235	+36	0,1	117
Republik					
Estland	145	225	+54	0,0	172
Kroatien	380	140	-63	0,0	34
Lettland	365	330	-10	0,0	165
Litauen	385	275	-29	0,0	93
Slowakei	230	270	+18	0,0	50
Slowenien	355	260	-27	0,0	126

Tabelle 4. Daten von Eurostat 2016

EU: Erstanträge auf Asyl im Jahr 2015 je eine Million Einwohner

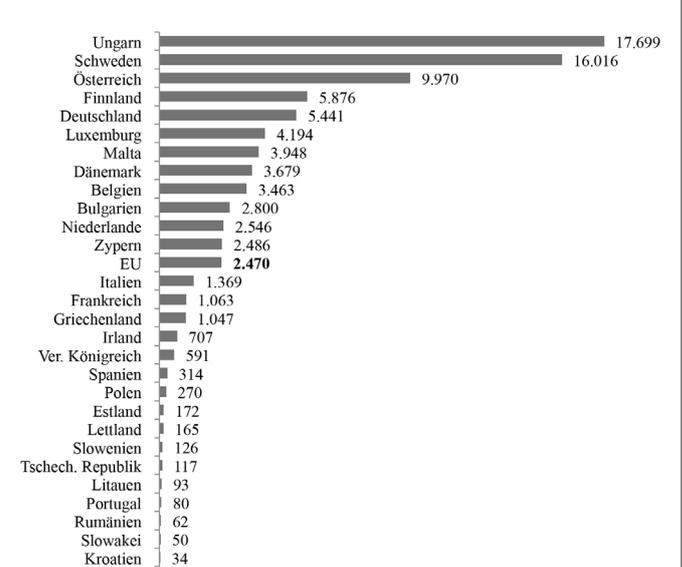


Abbildung 8. Eigene Darstellung nach Daten von Eurostat 2016

Betrachtet man die Antragszahlen jedoch im Verhältnis zur Bevölkerungsanzahl, ergibt sich ein anderes Bild (siehe Abbildung 2). Ungarn ist Spitzenreiter vor Schweden, Österreich, Finnland und Deutschland. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anzahl der Anträge noch nichts über die tatsächliche Gewährung von Asyl aussagt: 2015 haben in Ungarn von 25.000 beendeten Verfahren nur 146 zum Erfolg geführt. Ungarn wird der Vorwurf gemacht, kein Land in Europa tue weniger für Flüchtlinge (Faigle 2016).

Die häufigsten Herkunftsländer der Asylbewerber/-innen in der EU unterscheiden sich im Vergleich zu den Zahlen für Deutschland vor allem dadurch, dass in Deutschland 2015 Nigeria und Iran nicht in den Top 10 zu finden waren, dafür Serbien, Mazedonien und ungeklärte Nationalitäten (vgl. Tabelle 3 und Tabelle 5).

EU: Die zehn häufigsten Herkunftsländer der Asylbewerber im Jahr 2015

Herkunftsland	
Syrien	362.775
Afghanistan	178.230
Irak	121.535
Kosovo	66.885
Albanien	65.935
Pakistan	46.400
Eritrea	33.095
Nigeria	29.915
Iran	25.360
Sonstige Länder	325.510
Insgesamt	1.255.640

Tabelle 5. Daten von Eurostat 2016

5. Politikmaßnahmen der EU

5.1 Gescheiterte Umverteilung

Es liegt auf der Hand, dass gemeinsame Anstrengungen notwendig sind, idealerweise mit der Entwicklung von Handlungsansätzen auf EU-Ebene und der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten. Die Europäische Migrationsagenda vom Mai 2015 ist die Grundlage der EU-Maßnahmen und baut auf den folgenden vier Grundpfeilern auf: 1) Anreize irregulärer Migration reduzieren, 2) Grenzmanagement, um Leben zu retten und Außengrenzen zu sichern, 3) eine starke, gemeinsame Asylpolitik, 4) legale Migrationswege schaffen (gesteuerte Migration und Visa-Politik) (Europäische Kommission 2015a).¹²

Von der Prämisse einer Solidaritätspflicht zeugen nicht nur die Politikerbeiträge im Forum (in diesem Heft). Ein Kernstreitpunkt bleibt bisher die Aufnahme und noch mehr die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU. Die Asylpolitik ist bisher nur in geringen Anteilen vergemeinschaftet und es obliegt letztlich der souveränen Entscheidung der Staaten, ob sie Asylgesuche anerkennen, die ihr Territorium erreichen. Damit obliegt es auch

¹² Sven Chojnacki und Lisa Paping (in diesem Heft) identifizieren vier teils parallele, teils gegenläufige räumliche Praktiken der Migrationspolitik der EU – „Auslagerung“, „Verlagerung“, „Lagerbildung“ sowie „Rücklagerung“. Der Artikel beschreibt damit die „Hybridisierung“ und „Fixierung“ von Grenzräumen.

ihrer Entscheidung, Asylsuchende aktiv ins Land zu holen. Nach der geltenden Dublin-III-Verordnung ist in der Regel immer der erste Mitgliedstaat zuständig, über den die EU betreten wurde. Das umstrittene Verteilungssystem soll noch 2016 reformiert werden, u.a. um den Migrationsdruck von den Ankunftsändern zu nehmen (Europäische Kommission 2015b).

Die krisenbedingte Umsiedlung infolge eines Massenzustroms von Migranten/-innen führte lange zu fruchtlosen Debatten über Verteilungsschlüssel, die nicht implementiert werden konnten. Dazu zählt der 2014 bis Mitte 2015 diskutierte EU-Verteilungsschlüssel („Flüchtlingskontingente“) der Europäischen Kommission, der sich an Bevölkerungszahl, Bruttoinlandsprodukt, Zahl der Asylanträge und der Arbeitslosenquote orientierte (Caro/Schramm 2015).

Im Mai 2015 wurde stattdessen zunächst eine Umverteilung von 40 Tsd. Flüchtlingen auf freiwilliger Basis angekündigt, im September 2015 wurde dann die Notumsiedlung von insgesamt 160 Tsd. Flüchtlingen aus den stark geforderten Ankunftsändern Griechenland und Italien beschlossen. Der Beschluss erfolgte im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit (Rumänien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn dagegen; Finnland enthielt sich) und enthielt eine Einigung auf ein Quotensystem für die Verteilung der bereits angekommenen Flüchtlinge in Griechenland und Italien über die nächsten zwei Jahre (Europäische Kommission 2015d; Lehmann 2015). Die Umsiedlung begann im November und wird finanziell von der EU gefördert. Doch selbst von dieser relativ kleinen Anzahl wurden – soweit bekannt – bis Ende März 2016 weniger als 900 umgesiedelt (349 aus Italien und 536 aus Griechenland). Auch Deutschland hat seine Quote deutlich untererfüllt (vgl. Tabelle 6 bietet eine Übersicht über den Stand der zunächst ersten 106 Tsd. geplanten Umsiedlungen).

Umsiedlung von Geflüchteten in Griechenland und Italien: Versprechen vs. Realität

Mitgliedsstaaten	Aus Italien umgesiedelt	Aus Griechenland umgesiedelt	Bleibende Plätze von den 160.000
Deutschland	20	37	27.479
Frankreich	41	242	19.431
Spanien	18	*	9.255
Polen	*	*	6.192
Niederlande	50	48	5.849
Rumänien	*	15	4.165
Belgien	24	*	3.788
Schweden	39	*	3.727
Portugal	46	84	2.818
Tschechien	*	*	2.691
Österreich	*	*	1.953
Finnland	96	44	1.938
Bulgarien	*	2	1.300
Ungarn	*	*	1.294
Kroatien	*	*	968
Slowakei	*	*	902
Litauen	*	6	665
Irland	*	10	590
Slowenien	*	*	567
Luxemburg	*	30	527
Lettland	*	6	475
Estland	*	*	329
Zypern	*	6	314

Mitgliedsstaaten	Aus Italien umgesiedelt	Aus Griechenland umgesiedelt	Bleibende Plätze von den 160.000
Malta	15	6	110
Dänemark	x	x	N/A
Griechenland	x	x	N/A
Island	x	x	tbc
Italien	x	x	N/A
Liechtenstein	x	x	tbc
Norwegen	x	x	tbc
Schweiz	x	x	tbc
Vereinigtes Königreich	x	x	N/A
INSGESAMT	349 (von 39.600)	536 (von 66.400)	97.327 (von ursprünglich 98.256)

Tabelle 6. Daten der Europäischen Kommission 2016c

Nachdem sich die Flüchtlinge zunächst auf die drei Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland und Schweden konzentriert hatten, verkündete Schweden im Dezember 2015, dass es seine Zusagen zur Umverteilung nicht einhalten könne und wurde wie Griechenland und Italien von der Umverteilung ausgeschlossen. Im Februar 2016 wurde auch Ungarn durch die Europäische Kommission von der Umverteilung befreit (Europäische Kommission 2016a: 5). Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, die weiteren 54 Tsd. Umsiedlungen von den beschlossenen 160 Tsd. direkt aus der Türkei einreisen zu lassen (Europäische Kommission 2016e). Selbst wenn diese Vorschläge und Beschlüsse umgesetzt würden, bleibt die Grundproblematik: „Bei kontinuierlich hohen Zugangszahlen läuft der Verteilungsmechanismus damit Gefahr, irrelevant zu werden“ (Lehmann 2015: 10).

5.2 Grenzen: Öffnung und Abschottung

Weil die Erstaufnahmestaaten, wie Griechenland und Italien und weitere Länder auf der Balkanroute die Flüchtlinge entweder ohne Asylantrag weiterreisen ließen oder es zu unhaltbaren Zuständen inkl. schweren Auseinandersetzungen zwischen Flüchtlingen und Polizisten an den Grenzübergängen unterschiedlicher Staaten der Balkanroute kam, wurde in der akuten Krise das Dublin-System faktisch außer Kraft gesetzt. Das BAMF verkündete dies zuerst im August 2015 für die syrischen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen; ab September/Oktober war das Dublin-Abkommen in allen EU-Staaten faktisch außer Kraft gesetzt und eine hohe Anzahl an Schutzsuchenden konnte einreisen (Lehmann 2015).

Neben diesen Öffnungs- sind auch Abschottungstendenzen zu verzeichnen. Ruben Andersson sieht in der Etablierung des Schengener Übereinkommens von 1985 und den folgenden (Durchführungs-)Übereinkommen eine Verstärkung der europäischen Außengrenzen, die auf Bitte der nördlichen Staaten an die südeuropäischen Staaten geschah, die dazu drängten Migration zu unterbinden. Da es vor den 1990er Jahren fast keine Migration über Seewege gab, spricht Andersson von einem „feedback loop“ zwischen Grenzsicherung und Migration (Andersson 2016: 6). Durch die Einführung des Schengen-Raums wurde die Kontrolle der europäischen Außengrenzen

systematisiert sowie Kontroll- und Einreisepraktiken einander angeglichen. Dadurch sollten insbesondere diejenigen von einer Einreise abgehalten werden, die in Europa aufgrund ihrer geringen Bildung und ihren geringen finanziellen Ressourcen unerwünscht sind (Benhöfer et al. 2013: 7).

Temporäre Kontrollen im Raum des Schengener Grenzkodex wurden 2015 von europäischen Ländern eingeführt, um die fehlenden Kontrollen bei Ersteinreise in die EU zu kompensieren und die Weiterreise zu regulieren, teils mit Festsetzungen von Kapazitätsbeschränkungen für den Grenzübergang. Auch Grenzsicherungen fanden aufgrund von Migrationsbewegungen statt (vgl. Tabelle 6; Stand 04.04.2016). Außerdem gab es noch Grenzsicherungen und Kontrollen in anderen europäischen Nicht-Schengen-Staaten. Hier sind neben Bulgarien, Rumänien und Zypern vor allem Kroatien, Mazedonien und Serbien zu nennen, die Anfang März ihre Grenzen schlossen, sodass viele Migranten/-innen auf der Balkanroute aufgehalten wurden (ZEIT ONLINE 2016a).¹³ Ab März 2016 schloss Mazedonien seine Grenze zu Griechenland. Seitdem ist die Balkanroute faktisch geschlossen. Im griechischen Grenzort Idomeni sitzen ca 12.000 Flüchtlinge fest, die dort ausharren und hoffen, dass es doch für sie nach Norden weitergeht, die aber zunehmend auch zu Verzweiflungstaten neigen (Meisner 2016). In Griechenland halten sich im März 2016 über 56 Tsd. Migranten/-innen und Flüchtlinge auf (Stand: 31.03.2016) (International Organization for Migration 2016d). Die EU-Kommission beschließt daraufhin die Nothilfe für Griechenland von 181 Mio. auf 267 Mio. Euro zu erhöhen und stellt Mitte März 30,5 Mio. Euro unter anderem für die angespannte Lage an der griechisch-mazedonischen Grenze zur Verfügung (Europäische Kommission 2016d).

Die Einführung temporärer Grenzkontrollen und Grenzsicherungen im Schengen-Raum in 2015-2016

Länder	Grenzkontrollen oder -sicherungen	Zeitraum	Beschränkungen
Belgien	Befristete Grenzkontrollen zu Frankreich	23.02.2016 – 12.04.2016	Nein
Dänemark	Befristete Grenzkontrollen zu Deutschland	04.01.2016 – 03.05.2016	Nein
Deutschland	Befristete Grenzkontrollen an allen Grenzen, insbes. zu Österreich	13.09.2015 – 13.05.2016	6.000 Personen/Tag
Frankreich	Grenzen zu Italien geschlossen; Befristete Grenzkontrollen, insbes. zu Deutschland und Italien aufgrund der Pariser Anschläge	Seit 11.06.2015 13.11.2015 – 27.03.2016	keine Migranten oder Flüchtlinge dürfen passieren
Malta	Befristete Grenzkontrollen u.a. wegen terroristischer Bedrohung und Bekämpfung des Schleusens von Migranten	09.11.2015 – 31.12.2015	Nein
Norwegen	Befristete Grenzkontrollen an allen Grenzen, insbes. zu Schweden	26.11.2015 – 13.04.2016	Nein

¹³ Bereits Ende Februar hatten sie sich auf vergleichsweise kleine Tageskontingente von 580 Personen im Rahmen einer Absprache mit den Schengenstaaten Österreich und Slowenien geeinigt (SPIEGEL ONLINE 2016; ZEIT ONLINE 2016a).

Länder	Grenzkontrollen oder -schließungen	Zeitraum	Beschränkungen
Österreich	Befristete Grenzkontrollen an allen Grenzen, insbes. zu Slowenien, Ungarn und Italien	16.09.2015 – 16.05.2016	Geplant: Obergrenze von 37.500 Asylbewerbern pro Jahr bis 2019 ist rechtswidrig, gepaart mit Asyl-Schnellverfahren
Schweden	Befristete Grenzkontrollen an allen Grenzen, insbes. zu Dänemark	12.11.2015 – 08.04.2016	Nein
Slowakei	Befristete Grenzkontrollen zu Österreich und Ungarn	Seit 14.09.2015	Lehnt es ab, muslimische Flüchtlinge aufzunehmen
Slowenien	Befristete Grenzkontrollen zu Ungarn; Grenzen geschlossen zu Kroatien	17.09.2015 – 16.10.2015; seit 08.03.2016 geschlossen	(Vor Schließung: 580 Personen/Tag ab 26.02.2016)
Ungarn	Befristete Grenzkontrollen zu Slowenien; Grenzen zu Kroatien und Serbien geschlossen	17.10.2015 – 26.10.2015; seit 14.09.2015 bzw. 17.10.2015	Lehnt es ab, Flüchtlinge aufzunehmen

Tabelle 7. Eigene Darstellung anhand von Angaben in folgenden Quellen: Informationen zu Grenzkontrollen: Europäische Kommission 2016b; Informationen zu Grenzsicherungen aus Presseberichten: Deutsche Welle 2015; SPIEGEL ONLINE 2016; Wiener Zeitung 2015; ZEIT ONLINE 2015, 2016a, 2016b; Stand 08.04.2016.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung offenbart in einer Umfrage die große Verunsicherung der EU-Bürger/-innen aufgrund der stark zunehmenden Flüchtlingszahlen in 2015; fast jeder Zweite sieht das Thema Flüchtlinge als wichtigstes zu bewältigendes Problem der EU (Hilmer 2016: 5-6). Ob die Zuständigkeit dafür bei der EU gesehen wird, hängt aber stark von der Nationalität der Befragten ab.¹⁴

Die Europäische Kommission möchte den Schengen-Raum wiederherstellen. Das Ziel ist, bis Ende Dezember 2016 alle Grenzkontrollen im Schengen-Raum wieder aufzuheben. Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres schlug am 16.03.2016 eine Revision der Dublin-III-Verordnung vor, für die er u.a. fordert, dass die Umsiedlungspläne eingehalten werden und zudem ein Verteilungsschlüssel für die Neuansiedlung von Migranten/-innen aus Drittstaaten in der EU implementiert wird. Gleichzeitig übt der Ausschuss Kritik an den Grenzkontrollen und -schließungen im EU-Binnenraum. Alle Flüchtlinge sollen in Hotspots registriert werden; EU-weite Rücknahme-Vereinbarungen sollen bilaterale Vereinbarungen ersetzen (Europäisches Parlament 2016). Die Europäische Kommission nennt am 06.04.2016 verschiedene Optionen für eine Erneuerung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems zur Eröffnung legaler Migrationswege: Darunter fallen die (a) Ergänzung des Dublin-Verfahrens durch eine nachträgliche Lastenteilung oder (b) alternativ ein dauerhafter Verteilungsschlüssel sowie (c) eine weitere Harmonisierung der Asylverfahren durch eine Entscheidungshoheit der EU im Rahmen einer eigenen EU-Agentur. Diskutiert wird auch eine effektivere Nutzung der

14 In Italien sehen 75 Prozent und Deutschland 68 Prozent die Regelung der Aufnahme und Verteilung der Zuwanderer in der Zuständigkeit der EU; in der Slowakei sind dies nur 27 Prozent und in Tschechien 22 Prozent (Hilmer 2016: 16).

Eurodac Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken zur Verhinderung von erneuten Asylanträgen in anderen Ländern. Auch eine Reform vorhandener Neuansiedlungsprogramme ist angedacht und ein EU-Aktionsplan zur Integration soll bald vorgelegt werden (Europäische Kommission 2016f).

Die EU-Türkei-Politik kann sowohl unter Abschottungs- als auch unter Öffnungsgesichtspunkten betrachtet werden. Die Türkei wurde mit dem auf dem EU-Gipfel Mitte März 2016 geschlossenen Flüchtlingsabkommen zum zentralen Akteur für die Sicherung der europäischen Außengrenzen. Alle neuen Migranten/-innen, die von der Türkei aus auf die griechischen Inseln übersetzen, werden in die Türkei zurückgebracht. Für jeden zurückgenommenen Migranten/-in soll ein/e andere/r Syrer/in von der Türkei legal und sicher in die EU umgesiedelt werden; neuen See- und Landrouten von der Türkei in die EU soll so vorgebeugt werden. Enden die irregulären Überfahrten bzw. werden sie erheblich reduziert, beginnt das legale Einreiseprogramm, das sog. „Voluntary Humanitarian Admission Scheme“. Im Gegenzug erhält die Türkei u.a. Visa-Erleichterungen für ihre Staatsbürger/-innen (sollten die notwendigen Bedingungen dafür erfüllt werden) und beträchtliche Fördergelder. Sie soll außerdem dabei kooperieren, die humanitäre Lage in Syrien zu verbessern (Europäische Kommission 2016d).

Unklar bleibt, ob und wie die menschenrechtlichen Standards dabei eingehalten werden können. Dazu zählt bspw. die Sicherstellung, dass die Türkei nicht in Verfolgerstaaten abschiebt, in denen den Geflüchteten Tod oder Folter drohen; dass eine faire und zügige Einzelfallprüfung und keine Kollektivausweisung erfolgt und die Gewährleistung einer unabhängigen Beschwerdeinstanz, die die Rechtmäßigkeit der Rückführung vor Durchführung überprüfen kann. Nur dann werden die Grundwerte Deutschlands und Europas gewahrt.¹⁵ Amnesty International beklagte zeitweise die Abschiebung afghanischer und syrischer Flüchtlinge durch die Türkei (Mützel 2016; Gotev 2016). Es besteht die Gefahr, dass die Schutzsuchenden auf andere (gefährliche) Routen ausweichen und das Problem für die EU nur verlagern (Rudolf 2016).

Die „Externalisierungsstrategie“ der EU wird von NGOs wie medico international, Pro Asyl und Brot für die Welt scharf kritisiert – unter dem Argument der Fluchtursachenbekämpfung verschleierte die EU ihre eigentlichen Motive der Abschottung, des Wunsches nach Selektion sowie der Prämisse der eigenen Sicherheit. Im Zuge der Externalisierung wird starker Einfluss auf die Sicherung der Grenzen auch außerhalb der Außengrenzen genommen, dazu gehören Maßnahmen wie der „Export von Grenzkontrolltechniken, Schulungen der Grenzpolizei, Rückübernahmeabkommen, gemeinsame Grenzpatrouillen, Einwirkung auf Migrationsgesetze und die Verzahnung von Migrations-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“ (Brot für

15 Der zentrale Aspekt der Genfer Flüchtlingskonvention ist das „Refoulement“-Verbot, welches die Staaten dazu verpflichtet, Personen an ihrer Grenze weder zurückzuweisen noch abzuschieben, wenn sich diese Personen dadurch in einem Staat aufhalten müssten, in dem sie durch Verfolgung aus den in der Genfer Flüchtlingskonvention gelisteten Gründen bedroht sind (vgl. Fußnote 25). Auch die EU-Grundrechtecharta hat das Recht auf Asyl in Artikel 18 übernommen. Zudem gilt die Europäische Menschenrechtskonvention. Eine „Obergrenze“ wäre mit diesen Rechten nicht vereinbar. Folglich schränken diese Rechte die staatliche Hoheitsgewalt ein (Cremer 2016). Zur ausführlichen Diskussion der rechtlichen Dimension europäischer Migrationskontrolle und zu Kriegsflüchtlingen siehe Markard 2014 und Markard 2012.

die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst 2016: 2) oder auch „Sensibilisierungskampagnen“ in den Herkunfts- und Transitländern (Lenz 2016: 20). Des Weiteren wird im Zuge einer „Regionalisierung“ versucht die Flucht- und Migrationsbewegungen auf andere Regionen als die der EU zu beschränken. Durch diese Maßnahmen würden Gründe zur Migration und Flucht nach Europa vielmehr geschaffen als bekämpft, Wirtschaftsentwicklung gehemmt und autoritäre Regime gestärkt. Problematisch sei auch die Verknüpfung der Zusagen für Entwicklungshilfe mit den Forderungen nach Migrationskontrolle insbesondere in afrikanischen Staaten. Flucht und Migration werden vorrangig als Sicherheitsrisiko betrachtet und der Grenzschutz daher ausgebaut (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst 2016; Lenz 2016).

Problematisch ist es auch, dass Griechenland auf die Durchführung (zehn-)tausender Asylverfahren in kurzer Zeit nicht vorbereitet ist, weshalb die EU Griechenland ein humanitäres Nothilfebudget zugesprochen sowie personelle Unterstützung aus den Mitgliedstaaten zugesagt hat. Die EU hat somit erstmalig humanitäre Hilfe innerhalb Europas geleistet und Griechenland zum Notstandsgebiet bezüglich der Flüchtlingssituation erklärt (Europäische Kommission 2016d; EurActiv 2016). Frontex-Direktor Fabrice Leggeri sagt auf das Abkommen mit der Türkei und die Herausforderungen Griechenlands angesprochen: „Es wird eine große Aufgabe. Wir von Frontex werden uns daran mit bis zu 1.500 Beamten beteiligen, darunter Grenzbeamte und Experten für die Registrierung von Asylsuchenden“ (EurActiv 2016).

Erstaufnahmestellen, sog. Hotspots, an den Grenzen in Griechenland (bisher fünf) und Italien (bisher sechs Hotspots) sollen zukünftig eine Schlüsselrolle bei der Umverteilung spielen (Europäische Kommission 2015c, Stand 18.03.2016). Es hängt von der sicheren und menschenwürdigen Ausgestaltung ab, ob diese künftig freiwilligen Zulauf erfahren werden. Bisher sind sie unpopulär, u.a. weil die Präferenz für ein selbstgewähltes Aufnahmeland keine Berücksichtigung findet (Lehmann 2015: 10).

5.3 Flüchtlinge als Terroristen?

In den Hotspots soll dann auch die bisher versäumte systematische Registrierung von Flüchtlingen stattfinden. Die oft fehlende erkennungsdienstliche Erfassung bei der Einreise wurde auch an Deutschlands Grenzen als Sicherheitsrisiko kritisiert. Polizeigewerkschaften riefen dazu auf, nur noch zuvor namentlich erfasste und identifizierte Personen einreisen zu lassen. Eine zentrale Erfassungsdatei und Flüchtlingsausweise sollen künftig Abhilfe schaffen. Eine besondere Herausforderung dabei stellt die Problematik dar, dass die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) über echte Passdokumente aus Syrien, Irak und Libyen verfügen soll. Zuwanderer ohne Papiere erschweren eine Identifikation zudem erheblich. Zwar wird anerkannt, dass Flüchtlinge u.a. vor dem IS fliehen. Dennoch wird davor gewarnt, dass terroristische Organisationen oder Einzelpersonen extremistischer Gesinnung die Flüchtlingsbewegungen nutzen können, um nach Deutschland oder Europa zu gelangen (Bewarder 2015). Die EU hat sich daher auf ihre Agenda geschrieben „eine systematische Identitätsfeststellung und Abnahme von Fingerabdrücken, gekoppelt mit Maßnahmen, die durch Stärkung des Prinzips des

sicheren Herkunftsstaats in der Asylverfahrensrichtlinie einem Missbrauch des Systems entgegenwirken sollen“ (Europäische Kommission 2015b), umzusetzen.

Auch zunächst registrierte, aber dann „verschwundene“ Migranten könnten sich als Risiko erweisen.¹⁶ Des Weiteren wird befürchtet, dass lokale Konflikte „importiert“ werden (Collier 2014: 110).

Es ist schwer zu beurteilen, wie groß die Gefahr ist, dass Flüchtlinge sich an Terroranschlägen beteiligen oder Terroristen sich als Flüchtlinge tarnen, denn nur wenige Präzedenzfälle sind bekannt. Zwei der Paris-Attentäter mit vom IS erbeuteten syrischen Pässen wurden in Griechenland registriert, bisher bleibt dies jedoch eher eine Ausnahmerecheinung. Die folgende Tabelle 8 stellt daher ausgewählte Terroranschläge in westlichen Ländern seit 2004 über die unmittelbaren Täter mit Verdacht auf islamistischem Hintergrund in chronologischer Reihenfolge dar. Sie verdeutlicht, dass die Täter in großer Mehrheit in den Ländern, in denen sie das Attentat verübten, aufgewachsen sind.¹⁷

Nach den Pariser Anschlägen dachten laut einer Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts IFOP 80 Prozent der Franzosen, 79 Prozent der Deutschen und 84 Prozent der Italiener im März 2016, dass unter den vielen nach Europa kommenden Migranten auch potenzielle Terroristen sind (Fourquet 2016: 7).¹⁸ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte: „Es scheint, als ob der Terrorismus, der uns heute attackiert, von außen importiert wurde, dabei wurden diejenigen, die diese Taten begehen, in Wahrheit hier geboren, oft sogar auch ihre Eltern. Sie sind durch unsere Schulsysteme gegangen und haben aktiv an unserem sozialen Leben teilgenommen. Sie vermitteln nur den Eindruck, dass sie von woanders kämen, dabei sind sie von hier!“ (Delvaux 2016). Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, urteilte nach den Pariser Anschlägen: „Der IS hat hier eine ‚Show of Force‘ gemacht. Er wollte zeigen, was er kann. Er wollte uns beeindrucken. Er wollte in Teilen auch den Flüchtlingsstrom diskreditieren“ (Phoenix 2015). Während der Verfassungsschutz es zunächst für weniger wahrscheinlich hielt, dass Personen mit Kampfauftrag und -erfahrung Flüchtlingsrouten nutzen, da diese ausgesprochen gefährlich seien, wurde diese Einschätzung später korrigiert: „Obwohl er es nicht nötig hätte, seine Leute unter die Flüchtlinge zu mischen, hat er [der IS] es [zur Machtdemonstration] getan“ sagte Maaßen im April 2016 (tagesschau.de 2016b). Er problematisiert, dass etwa 70 Prozent

16 Dita Vogel, Ökonomin an der Universität Bremen, schätzt, dass die Zahl der nicht gemeldeten Migranten in Deutschland im Jahr 2014 bei 180.000 bis 520.000 Menschen lag. Oft sind diese zunächst mit einem gültigen Visum eingereist oder sie tauchen nach ihrer Ablehnung als Asylbewerber ab. Folglich begünstigte die lange Bearbeitung von Asylanträgen das Abtauchen, sodass sie mit einem höheren Anteil ehemaliger Asylbewerber an nichtregistrierten Migranten im Jahr 2016 rechnet. Ein Hinweis auf die Erhöhung ist auch die Anzahl von 142.000 Personen, die 2015 nicht in den ihnen zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtungen ankamen (Dernbach 2016).

17 Einer der seltenen Beispielfälle eines Anschlages eines Einzeltäters, der als Flüchtling aus dem Iran nach Australien kam, bleibt umstritten, da u.a. Zweifel an seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit bestehen. Das Gerichtsverfahren zu den genauen Umständen des Ereignisses ist noch nicht abgeschlossen und es gilt abzuwarten, ob die Einstufung als „Terroranschlag“ erneut bestätigt wird (Regierung New South Wales 2016).

18 Vergleiche *Katharina Götsch* (in dieser Ausgabe) die exemplarisch die Berichterstattung von österreichischen Zeitungen über das Risikopotenzial von radikalisierten Muslimen (Rückkehrer, Flüchtlinge und radikalisierte Jugendliche) ausgewertet hat und davor warnt Muslime vor allem als Sicherheitsrisiko darzustellen.

Terroranschläge durch Täter mit Migrationshintergrund seit 2004

Anschläge	Anzahl Tote (Verletzte)	Täter/Gruppe	Herkunft der Täter (Anzahl)	Migranten erster Generation oder Flüchtlinge (meint hier: Ankunft als Erwachsene)		Migranten späterer Generationen (Anzahl Täter) (meint hier: aufgewachsen im Zielland)	
Madrid, ES 11.03.2004	191 (1.841)	Abu Hafs al-Masri Brigaden, assoziiert mit Al-Qaida	Marokkaner (14)	Ja	Migranten	Nein	
London, GB 07.07.2005	52 (770)	Geheime Gruppe von Al-Qaidas Dschihad in Europa	Briten (3) Jamaikaner (1)	Nein		Ja	Eltern aus Pakistan (3) Eltern aus Jamaika (1)
Frankfurter Flughafen, D 02.03.2011	2 (2)	Individuum: Arid Uka	Deutscher (1)	Nein		Ja	Eltern aus dem Kosovo (1)
London, GB 22.05.2013	1	Individuen: M. O. Adebolajo und M.O. Adebowale	Briten (2)	Nein		Ja	Eltern aus Nigeria (2)
Boston, USA 15.04.2013	4 (264)	Individuen: Dzhokhar Tsarnaev und Tamerlan Tsarnaev	Kirgise (D. Tsarnaev)(1) Russe (T. Tsarnaev) (1)	Ja	Migranten	Nein	
Brüssel, BE 24.05.2014	5	Individuum: Mehdi Nemmouche	Franzose (1)	Nein		Ja	Eltern aus Algerien (1)
Sydney, AUS 15.12.2014*	2 (4)	Individuum: Mon Haron Monis	Australier (1)	Ja	geflüchtet aus dem Iran	Nein	
Paris Charlie Hebdo, F 07.01.2015	17 (15)	Islamischer Staat – IS/ Daesch	Franzosen (3)	Nein		Ja	Eltern aus Algerien (2) und Mali (1)
Thalys, F 21.09.2015	0 (2)	Individuum: Ayoub El-Khazzani	Marokkaner (1)	Ja	Migranten	Nein	
Paris, F 13.11.2015	130 (352)	Islamischer Staat – IS/ Daesch	Franzosen (5) Belgier (1) unbekannte Identität (2)	Unklar (zwei Einreisen mit syrischen Pässen, Identitäten ungeklärt)		Ja	Eltern aus Algerien (4) und Marokko (2)
San Bernardino, USA 02.12.2015	14 (22)	Individuen: Syed Rizwan Farook und Tashfeen Malik	Farook: US-Bürger Malik: zeitlich unbeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis der USA	Ja	Migrantin aus Pakistan (1)	Ja	Eltern aus Pakistan (1)
Brüssel, BE 22.03.2016	32 (etwa 340)	Islamischer Staat – IS/ Daesch	Marokkaner (1) Belgier (2) Marokkanische und belgische Staatsangehörigkeit (1)	Ja Nein	Migrant	Nein Ja	Herkunft unklar

Tabelle 8. Eigene Darstellung anhand von Angaben in folgenden Quellen: Basil et al. 2015; BBC 2015, 2016, 2006; bento 2016; Encyclopædia Britannica 2016; Cotovio et al. 2015; De Persgroep Digital 2016; Der Tagesspiegel 2016b; DG Centre de Crise 2016; Diehl 2016; Englund et al. 2013; Greenhill et al. 2013; Henley 2015; History.com 2014; Interpol 2016, National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism 2015c, 2015a, 2015b, 2015d, 2015e; Ray 2016; Telegraph Media Group Limited 2011; ZEIT ONLINE 2016d; Stand 11.04.2016.

ohne gültige Pässe einreisen und ggf. falsche Identitäten angeben, sodass bei den Nachrichtendiensten gespeicherte Warnhinweise nicht zum Tragen kommen können (ebenda).

Schon zuvor hatte er es als Gefahr eingestuft, dass Islamisten in Aufnahmeeinrichtungen Kontakt zu Flüchtlingen aufzunehmen versuchen. Vorsorglich wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet die Informationen über Flüchtlinge sammeln und potenzielle Terroristen erkennen helfen soll (Mediendienst Integration 2016). Die große Koalition hat sich auf weitere, umfangreiche Maßnahmen geeinigt, darunter ein Sicherheitspaket zur Terrorismusbekämpfung, dass einen verbesserten Datenaustausch und den Einsatz verdeckter Ermittler bei Schleuserkriminalität einschließen soll; ein Beschluss wird am 24. Mai 2016 erwartet (Frankfurter Allgemeine 2016).

Laut BKA hat sich die Gefährdung für Deutschland nach den Brüsseler Anschlägen vom März 2016 nicht verändert, obwohl es eine neue Anschlagdrohung durch den IS gab (Jansen 2016b). Laut Maaßen sei die Sicherheitslage „sehr ernst“, aber es seien keine konkreten Pläne für Anschläge in Deutschland bekannt (tagesschau.de 2016b). Grenzkontrollen – sinnvollerweise verlässlich an den EU-Außengrenzen durchgeführt, ansonsten an den Binnengrenzen – sind sicher notwendig um Kriminelle und Extremisten an der Einreise zu hindern.

Der Ruf nach Registrierungen von Ein- und Ausreisen begründet sich aus der Angst vor dem Risiko der „foreign fighters“ und deren Unterstützer, d. h. radikalisierte Gewaltbereite, die in den Irak, nach Syrien und in andere Kampfgebiete ausreisen und wiederkehren (unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft), die sich ggf. unerkannt und unbehelligt mit ihren europäischen Pässen bewegen, sollten sie keine Tarnidentität nutzen. Sicherheitsbehörden fürchten, dass dschihadistische Rückkehrer, die in Syrien den Umgang mit Waffen und Sprengstoff erlernt haben, in Europa Anschläge verüben könnten.¹⁹ Da es sich bei den Reisebewegungen sowohl um ausländische als auch deutsche Staatsbürger/-innen handeln kann, mit Migrationshintergrund oder ohne (z. B. bei Konvertiten), wäre allerdings eine Überwachung der Reisebewegungen aller Staatsbürger/-innen erforderlich. Zumindest die Aussicht auf die Durchsetzung von verdachtsunabhängiger Überwachung aller EU-Bürger(innen) erscheint auch aus Datenschutzgründen wenig aussichtsreich. Es bleibt daher abzuwarten, was unter dem Ruf nach „einem Ein- und Ausreiseregister, das erkennen lässt, wer den Schengen-

¹⁹ Die psychologische Behandlung von Traumata, Initiativen zur Prävention islamistischer (und auch rechtsextremistischer) Radikalisierung und Initiativen zur Erleichterung eines Ausstiegs werden finanziell und personell bisher weit weniger großzügig ausgestattet, aber auch diese sollen verbessert werden.

Raum betritt und verlässt“ genau zu verstehen sein wird und ob es sich hierbei um ein nützliches Instrument oder Symbolpolitik handelt (Bundesministerium des Innern 2016).

Die Fälle in Belgien haben nicht nur die Notwendigkeit einer verbesserten polizeilichen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit²⁰ unter Beachtung von Bürgerrechten verdeutlicht, um Terrorzellen leichter zu identifizieren. Die Migranten-Ghettos, die seit Dekaden vom Staat und der Gesellschaft vernachlässigt wurden, gelten als Nährboden für Entfremdung und Marginalisierung, der von militanten Extremisten ausgenutzt werden kann (ICSR 2016). Reem Ahmed und Daniela Pisiou Ergebnisse weisen allerdings darauf hin, dass die soziale Durchmischung von Einwandererghettos z. B. durch Wohnsitzauflagen keinen ausreichenden Lösungsansatz darstellen wird. Ihnen zufolge beruht die Anziehungskraft dschihadistischer Subkultur auf einige Muslime, insbesondere der zweiten oder dritten Einwanderergeneration auf anderen Faktoren: darauf, dass diese sowohl europäische Normen und Werte als auch die ihrer Herkunftsländer ablehnen und sich stattdessen in einer anderen, virtuellen Gemeinde überlegen fühlen wollen, die sich von denen ihres Umfelds signifikant unterscheidet – u.a. gestützt auf religiöse Argumente, das Selbstbild als Befreier und die Suche nach Bedeutung und einer gemeinsamen Identität und dem Internet als Kommunikationsmittel (Ahmed/Pisiou 2016).

Dennoch darf nicht vergessen werden, dass die meisten (fundamentalistisch-religiösen) Muslime religiös motivierte Gewalt ablehnen. Es ist selbstverständlich keine Lösung, wie die Slowakei oder Polen die Absicht zu verkünden, keine muslimischen Flüchtlinge mehr ins Land zu lassen. Indem man die Religion und ihre Anhänger verteufelt, „verstärkt man einerseits nur das diese Gruppierungen einigende Gefühl, Opfer einer kollektiven Diskriminierung zu sein“ (Frindte et al. 2011: 649).²¹

6. Politikmaßnahmen in Deutschland

6.1 Neue Gesetze

Von „Wir schaffen das“ zu „Europa wird es schaffen“ (Metz 2016) sind Angela Merkels Äußerungen Symbole ihrer Politik geworden. Die Kanzlerin begründet ihre Haltung im Oktober 2015 folgendermaßen: „In Deutschland sehen wir in diesen Flüchtlingen in allererster Linie Menschen, die den Schrecken des syrischen Bürgerkriegs entkommen sind. Ihnen Schutz zu geben, ist eine Pflicht, die uns das Grundgesetz und die Genfer Flüchtlingskonvention aufgeben“ (Athronot 2015). Trotz starken Gegenwinds teils aus der eigenen Partei beharrt sie am 29. Februar 2016 bei Anne Will auf ihrer Position (Kinkartz 2016): „Ich bin zutiefst

überzeugt, dass der Weg, den ich eingeschlagen habe, richtig ist. ... Meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit besteht darin, dafür zu sorgen, dass Europa einen gemeinsamen Weg findet.“ Die Politik der Kanzlerin findet auch Eingang in neue Gesetzesinitiativen, die für manche Gruppen von Migranten/-innen die Bedingungen erleichtern, sie für andere jedoch erschweren.

Im September 2015 beschließt das Kabinett das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ (Deutscher Bundestag 2015a). Die dazugehörige Verordnung wurde im Oktober veröffentlicht (Bundesgesetzblatt 2015). Diese soll u.a. zur finanziellen Entlastung der Länder durch den Bund führen, die durchschnittliche Verfahrensdauer beschleunigen sowie Abschiebungen erleichtern und beschleunigen, auch durch eine Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten.²² Denjenigen mit Bleibeperspektive werden hingegen Integrations- und Sprachkurse sowie Beschäftigung in Aussicht gestellt und die Versorgung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge verbessert. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung kritisiert, dass das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive geöffnet hat, es aber kein bundesweites Sprachkurs-Programm für alle Asylsuchenden gibt, was deren Integration erschwere und insgesamt die Gräben zwischen Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive und anderen Asylbewerbern weiter vertiefe (Bertelsmann Stiftung 2015). Außerdem dauere die Anerkennung von Abschlüssen lange, die Vorrangprüfung schränke die Arbeitsmöglichkeiten ein und durch die Unterbringung in Sammelunterkünften hätten Flüchtlinge nur eingeschränkten Kontakt zur lokalen Bevölkerung (Thranhardt 2015a).

Die Behandlung der Asylbewerber/-innen in Deutschland hängt weiterhin von ihrem Herkunftsland ab. Wenn afghanische Flüchtlinge es nach Deutschland schaffen, müssen sie durchschnittlich länger auf eine Entscheidung warten, als Syrer/-innen oder Iraker/-innen. Die meisten bleiben währenddessen von Integrationskursen ausgeschlossen. Denn Integrationskurse erhalten nur Asylbewerber/-innen mit einer „sicheren Bleibeperspektive“ und einer Schutzquote bzw. Anerkennung des Asylbegehrens von mindestens 50 Prozent. Die Schutzquote der Afghanen/-innen lag im Jahr 2015 bei 47,6 Prozent. Im Jahr 2016 erhalten daher nur Asylsuchende aus Syrien, dem Irak, dem Iran und Eritrea Integrationskurse (Janke 2016).

Die Große Koalition beschließt im Januar 2016 das Asylpaket II, das „Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren“, das im März 2016 in Kraft tritt und verschärft damit Regelungen für Flüchtlinge in mehreren Bereichen (Bundesgesetzblatt 2016). Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern und Asylsuchende, die falsche Angaben zu ihrer Identität gemacht oder ihre Dokumente mutwillig vernichtet haben, sollen in besondere Aufnahmeeinrichtungen kommen, wo sie ein Schnellverfahren durchlaufen. Bei Kranken verhindert nur noch eine lebensbedrohliche Krankheit die Abschiebung und der Familiennachzug

²² Albanien, Kosovo und Montenegro wurden zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt; damit galten 2015 Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien als sichere Herkunftsstaaten (Bundesregierung 2015). In 2016 kommen Marokko, Algerien und Tunesien dazu (Bundesregierung 2016a). Afghanistan war im Gespräch, aber darüber wurde nicht entschieden; analog zu Südosteuropa betreibt die Bundesregierung „Aufklärungskampagnen“ (Deutsche Botschaft Kabul 2015).

²⁰ Eine verbesserte Zusammenarbeit fordern die EU-Innenminister inklusive eines Maßnahmenkatalogs u.a. zum Austausch von Daten am 22. März 2016 in Brüssel (Rat der Europäischen Union 2016).

²¹ „Zum anderen schwächt man die Position derjenigen, die sich innerhalb der muslimisch-fundamentalistischen ‚Szene‘ deutlich gegen Gewalt aussprechen, und stärkt dadurch die Position der Extremisten. Zudem gibt es auch viele moderate Muslime, die einen wahhabitisch geprägten Fundamentalismus zwar für zu extrem halten, sich aber von der Kraft und der Einfachheit dieser Botschaften angesprochen fühlen. Auch diesen Muslimen wird durch eine Pauschalverurteilung aller fundamentalistischen oder streng religiösen Gruppierungen nur einmal mehr der Eindruck vermittelt, dass für ‚die Deutschen‘ alle Muslime – egal, was sie tun und was sie glauben – Terroristen, Extremisten und innerhalb der Gesellschaft unerwünschte Fremdlinge sind“ (Frindte et al. 2011: 649).

wird nach Einzelfallprüfung für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz²³ ausgesetzt. Die Ereignisse um die Kölner Silvesternacht führten zwar zu intensiven Debatten über beschleunigte Ausweisungen von kriminellen Migranten/-innen, diese fanden aber letztlich keinen Niederschlag.²⁴ Die Kriminalitätsstatistik 2015 ist zwar noch nicht veröffentlicht, aber Bundesinnenminister de Maizière erklärte im November 2015: „Insgesamt zeigen uns die derzeit verfügbaren Tendenzaussagen, dass Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung. Der Großteil von ihnen begeht keine Straftaten, sie suchen vielmehr in Deutschland Schutz und Frieden...“. Der Anteil der Sexualstraftaten liegt bei unter einem Prozent. ... „Jede strafbare Handlung ist eine zu viel. Egal wer sie begeht. Es gibt aber keinen Grund für übertriebene Sorgen um den Anstieg der Kriminalität durch Asylbewerber und Flüchtlinge“ (Bundesministerium des Innern 2015). Dies bestätigt auch Kriminaldirektor Küch in seinem Buch über Fakten zur Flüchtlingskriminalität. Seine Lehre aus der eskalierten Debatte um die Silvesternacht in Köln und der Angst, mit zu vielen Informationen den Hetzkampagnen von Rassisten Nahrung zu geben, ist es, eben keine Informationen zurückzuhalten, da sonst großes Misstrauen entstehe (Norddeutscher Rundfunk 2016).

6.2 Überforderung oder Chance?

Ist Deutschland mit der bisherigen Aufnahme und der anstehenden Integration von Flüchtlingen überfordert? Das lässt sich eher aus Länderperspektive, als aus Bundesperspektive beurteilen – denn vor Ort müssen Lösungen für Unterkunft, Bildung und Eingliederungsmaßnahmen gefunden werden. Wie viel ist zu viel? Deutlich wurde, dass die Länder ungeahnte Ressourcen mobilisiert haben und pragmatische Lösungen fanden statt vor bürokratischen Hürden zu verharren. Ohne die vielen ehrenamtlichen Initiativen wäre das Geleistete dennoch nicht möglich und auch die vielbeschworene Integration kann nur als gesamtgesellschaftliche Anstrengung verstanden werden.

Neben den bereits angesprochenen Überforderungen der deutschen Behördenapparate bei der Registrierung, bei Grenzübergängen und beim Asylantragsstau geht es auch um die Frage, ob die aufnehmenden Bundesländer und Kommunen sich überfordert fühlen, die Flüchtlinge zu integrieren. Der Senat Hamburgs etwa betonte im März 2016, dass Hamburg keine Überforderung konstatieren kann und sich stark bemüht die Herausforderung

zu bewältigen.²⁵ Eine Umfrage der ARD-Sendung Monitor Ende Februar hat ergeben, dass die Hälfte der befragten 373 Kommunen mit der Zahl der Flüchtlinge gut zurechtkommt, obwohl sie „Kapazitätsprobleme“ haben. 16 Prozent gaben an noch weitere Flüchtlinge aufnehmen zu können; sechs Prozent sehen sich aktuell überfordert (Monitor 2016). Der Deutsche Städte- und Gemeindebund behauptet Anfang des Jahres 2016 hingegen, dass die stetig hohe Anzahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge zu einer Überlastung der Kommunen führen werde, viele der Kommunen seien bereits überfordert (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2016: 5).²⁶ Die Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik schlägt einige Maßnahmen vor, um die Kommunen zu entlasten, wie etwa die Unterbringung in den Kommunen stärker an „Kriterien der Belastbarkeit“ zu orientieren (Robert Bosch Stiftung 2016: 14) und den Königsteiner Schlüssel zu reformieren.

Zwar scheinen provisorische Massenunterkünfte generell als wenig integrativ und kriminalitätsfördernd für Delikte untereinander (Bundesministerium des Innern 2015) oder auf Dauer menschenunwürdig von vielen abgelehnt zu werden. Der Bau neuer Unterkünfte stößt im Gegenzug dennoch auf wenig Gegenliebe: protestieren doch häufig Anwohner, organisieren sich in Bürgerinitiativen und reichen Klagen ein. Die Klagen gegen die schnellen Baureisungen ohne Bürgerbeteiligung unter Berufung auf das geänderte Baurecht zeigen erste Erfolge (Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge 2016b).

Mit der faktischen Schließung der Balkanroute wurden auch am Deutsch-Österreichischen Polizeikooperationszentrum Passau keine „Kontingentflüchtlinge“ mehr überstellt, sodass sich die Lage in Deutschland entspannt hat und nur noch Hamburg, Berlin und Bremen annähernd so viele Flüchtlinge empfangen, wie erwartet (Der Tagesspiegel 2016a); die Rufe nach Obergrenzen/Kontingenten und Grenzschließungen sind dennoch nicht verstummt.

Von den durchschnittlich jüngeren (siehe Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016g: 7) Flüchtlingen, insbesondere aus Syrien, werden positive Auswirkungen auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel in Deutschland und Europa erhofft. Eine Integration wird durch ein Bleiberecht für junge Menschen in Ausbildung, stärkere Investition in Sprache und Bildung, (schnellere) Anerkennung von Abschlüssen und ggf. früheres Recht auf Arbeit anvisiert. Kurzfristig sind positive Effekte auf die deutsche Konjunktur durch die erhöhten Staatsausgaben durch erhöhte Nachfrage und Schaffung von Stellen spürbar.

Dem gegenüber stehen eine Reihe von Herausforderungen: die stark anwachsende Zahl minderjähriger und heranwachsender Flüchtlinge,²⁷ das unklare tatsächliche Bildungsniveau

23 Um subsidiären („behelfsmäßigen“) Schutz zu bekommen, muss der Antragsteller nachweisen, dass ihm im Herkunftsland ernsthafter Schaden droht, z. B. durch Todesstrafe, Folter oder internationalem Konflikt auch wenn bei ihm keine Gründe für Asyl oder Flüchtlingsschutz vorliegen. Diesen vergleichsweise „geringeren“ Schutz erhielt nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Asylbewerber (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014). Die Koalition beschließt im März 2016 im Rahmen des Asylpakets II u.a. den Familiennachzug für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für zwei Jahre auszusetzen (Bundesregierung 2016b).

24 Gemäß der Genfer Flüchtlingskonventionen kann ein Flüchtling nur aufgrund einer sehr schweren Straftat ausgewiesen werden. Der EuGH urteilt, das nach Inkrafttreten des geänderten Aufenthaltsgesetzes am 01.01.2016 eine sorgfältige Ermessensabwägung erforderlich ist, d. h. das Interesse der Bundesrepublik, den Migranten auszuweisen, werde mit dessen sog. Bleibeinteresse abgewogen (Graf 2016).

25 Zu den Bemühungen in 2015 siehe den Flüchtlingsmonitoringbericht Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2016a und in 2016 (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2016b).

26 Er betont unter anderem fehlende Kita-Plätze, Erzieher, Lehrer, Dolmetscher, Schulpsychologen und Sozialarbeiter, finanzielle Mittel für Sprachkurse, Wohnraum, Sport- und Kulturangebote und Ausbildungsmöglichkeiten (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2016: 9-11).

27 Bis Ende Dezember 2015 hielten sich in Deutschland insgesamt etwa 410 Tsd. minderjährige und heranwachsende Flüchtlinge auf, 137 Tsd. unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stellten im Jahr 2015 einen Erstantrag auf Asyl (Deutscher Bundestag 2016). 2016 rechnet der DStGB mit etwa 60 Tsd. minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen (Deutscher Städte- und Gemeindebund 2016: 9).

der Flüchtlinge,²⁸ die Milliarden Mehrkosten, mit denen der Bund rechnet,²⁹ und vor allem anderen die Polarisierung der Gesellschaft. Denn den vielen Helfern stehen Gewaltakte gegen Flüchtlinge,³⁰ Helfer, Politiker und Journalisten gegenüber. Politische Proteste gegen die Flüchtlingspolitik durch Pegida und AfD sowie Gegenproteste zeigen die gesellschaftliche Spaltung genauso wie die Wahlergebnisse und Umfragegewinne der AfD und, als Gegenstück in der Flüchtlingspolitik, der Grünen. Nachdem im letzten Quartal 2015 die Migrationsbewegungen besonders hoch waren, veränderten sich die Umfragewerte hin zur Ablehnung: Während im September 2015 nur 33 Prozent der Deutschen der Aussage in einer IFOB-Umfrage zustimmten, dass sich in Deutschland bereits viele Ausländer/innen aufhielten und es nicht möglich sei, weitere Migranten/-innen aufzunehmen, stimmten im März 2016 dieser Aussage 47 Prozent zu – in Italien und Frankreich waren es etwa zwei Drittel (Fourquet 2016: 3).

Heute stehen nahezu gleich viele Verunsicherte und Verängstigte gleich vielen Unaufgeregten oder Hoffnungsvollen gegenüber. Eine Umfrage von Infratest dimap, die im Auftrag von „Panorama – Die Reporter“ Mitte Februar 2016 durchgeführt wurde, macht diese Polarisierung der deutschen Gesellschaft deutlich: 49 Prozent macht es eher Angst, dass viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen (AfD-Anhänger: 88 Prozent, Grüne-Anhänger: 20 Prozent), 49 Prozent macht es eher keine Angst; 46 Prozent empfinden Flüchtlinge eher als eine Bereicherung für das Leben in Deutschland, 51 Prozent eher nicht (Norddeutscher Rundfunk/infratest dimap 2016). 41 Prozent der Deutschen denken, dass es sich bei den in Europa ankommenden Migranten um „Wirtschaftsflüchtlinge“ handele, 51 Prozent denken, es handele sich um schutzsuchende Asylbewerber (Fourquet 2016: 5).

Die polarisierten Lager scheinen teils in unterschiedlichen Welten zu leben, in denen Informationsorganen der Gegenseite nicht mehr getraut wird (Stichwort: „Lügenpresse“). An den Polen stehen zum einen diejenigen, denen der Flüchtlingsschutz nicht weit genug

geht, da er viele ausschließt, auf die die enge Definition des Schutzes der Flüchtlinge vor Verfolgung nicht zutrifft.³¹ Zum anderen diejenigen, die nach sofortiger Schließung der Grenzen rufen und denen die Aufnahme von Asylbewerbern in diesem Umfang viel zu weit geht, als bedrohlich erscheint und zumindest reduziert werden muss. Dieser soziale Sprengstoff kann sich negativ auf den sozialen Frieden auswirken und Radikalisierung begünstigen.

7. Ausblick: Wie geht es weiter?

Zwar gibt es ein Recht auf Ausreise, aber kein Recht darauf, in das Land seiner Wahl einzureisen. Eine Ausweitung des Schutzes auf andere, als die bisher eng definierten schutzbedürftigen Gruppen z. B. auf sog. Wirtschaftsflüchtlinge oder auf Menschen, die aufgrund politischer Perspektivlosigkeit nach Europa drängen, scheint angesichts der Schwierigkeit auch wenig aussichtsreich. Das gilt derzeit selbst für überzeugende Vorschläge die Definition auf Menschen(gruppen) auszuweiten, die vor einer existenziellen Bedrohung fliehen, z. B. aufgrund von Naturkatastrophen, Wasserknappheit oder des steigenden Meeresspiegels aufgrund von Klimawandel.³² Es wird auch ohne Erweiterung der Gruppe der Schutzbedürftigen enorme Anstrengungen kosten, die Polarisierung dauerhaft zu überwinden, damit diese nicht selbst zum sozialen Sprengstoff und Gewaltrisiko zwischen den Gruppen oder Basis für eine Radikalisierung einzelner Gewalttäter wird. Bereits jetzt ist offen, ob die Integrationskraft der Gesellschaft (personell, finanziell, politisch, sozial) und des Arbeitsmarktes mit den insgesamt in Deutschland und Europa lebenden Flüchtlingen und Migranten an seine Grenzen gerät. Am ehesten scheint es konsensfähig zu sein, diejenigen Flüchtlinge zumindest temporär aufzunehmen, die den Schutz nach derzeit geltendem Recht am dringendsten brauchen und ihnen eine erfolgreiche Integration in die Aufnahmegesellschaft zu ermöglichen. Dass eine erfolgreiche Integration keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt die eingangs aufgezeigte Verstärkung bei den langanhaltenden Flüchtlingssituationen in den Nachbarländern der Konfliktherde. Um die Ressourcen auf die Integration derjenigen mit Bleibeperspektive zu konzentrieren und diejenigen zu besänftigen, die gegen die Flüchtlingsaufnahme protestieren, werden weiterhin diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, nach rechtmäßiger Überprüfung ihres Anspruches zurückgeschickt. Eine überparteiliche Kommission der Bosch-Stiftung schlägt daher Maßnahmen für eine deutliche Beschleunigung der Integration von Flüchtlingen durch Bildungs- und Arbeitsangebote vor, inklusive der Abschaffung der „Vorrangprüfung“ (Robert Bosch Stiftung 2016: 14). Es bleibt abzuwarten, wie viele dieser Vorschläge durch Beschlüsse der großen Koalition im Mai umgesetzt werden. Die schiere Anzahl der Migranten/-innen fordert unser liberales System

28 Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft reklamiert, dass die ankommenden Flüchtlinge von 2014 den Fachkräftemangel nicht werden beseitigen können, da ihre schulische Ausbildung und ihre beruflichen Qualifikationen meist nicht zu den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes passen (Siems 2016). Die IOM hat Ende 2015/Anfang 2016 in Europa ankommende Migranten befragt und stellt die vergleichsweise gute Bildung von syrischen Flüchtlingen zu den Afghanen und Irakern heraus, die schon länger in instabilen Systemen leben (International Organization for Migration 2016b). Bis Ende 2017 rechnet der Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung allerdings mit etwa 250 Tsd. zusätzlichen Arbeitslosen aufgrund der Flüchtlingsmigration (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2016b). Anfang März 2016 verkündet Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles das Vorhaben ein Integrationsförderungsgesetz zu entwerfen, mit dem 100 Tsd. zusätzliche Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden sollen; es soll zudem mehr verpflichtende Sprachkurse geben (Lammers 2016). Dies steht im Einklang mit Initiativen deutscher Unternehmen, die sich für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen engagieren, z.B. die unter dem Namen „Wir zusammen“ Bundesagentur für Arbeit 2016.

29 Ghelli und Janke führen die unterschiedlichen Kostenprognosen von Bund, Ländern und Kommunen sowie Aussagen zu Einflüssen auf das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt verschiedener Wirtschaftsinstitute auf. Ihr Fazit: „Auch langfristig sind sich die Ökonomen nicht einig: Sind Flüchtlinge eine ‚langfristig lohnende Investition‘ oder sind sie ein ‚Zuschussgeschäft‘“ (Ghelli/Janke 2015: 1). Bei der Förderung von Migranten und Flüchtlingen tut eine gleichzeitige gestärkte Sozialpolitik gegenüber den ärmeren Schichten (z.B. im sozialen Wohnungsbau). Collier (2014) mahnt an, dass die Ressourcen zwischen der ärmeren Bevölkerung und den Einwanderern verteilt werden muss, um Misstrauen gegenüber den Sozialsystemen und Intoleranz zu bekämpfen.

30 Im Jahr 2015 hat die Polizei insgesamt 1.029 Attacken auf Asylbewerberunterkünfte registriert (2014 waren es 199). Die Angriffe auf Flüchtlingsheime nahmen 2016 bisher nicht ab. Laut BKA waren es bereits 217 Attacken, davon 26 Brandstiftungen, eine Sprengstoffexplosion und 78 Sachbeschädigungen (Jansen 2016a).

31 Das European Muslim Network etwa fordert, dass Europa die Flucht vor Armut, politischer Ungerechtigkeit und Diktatur anerkennt und in dieser Hinsicht nicht mehr zwischen „guten“ und „schlechten“ Migranten unterscheidet (European Muslim Network 2015: 3). Der Begriff „Flüchtling“ findet bisher auf Personen Anwendung, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als Staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwänten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will“ (UNHCR 2016a: 2).

32 Siehe dazu *Kathryn Taetzsch* in dieser Ausgabe.

heraus, da sie mit enormen gesellschaftlichen und finanziellen Kosten verbunden ist. Gesellschaftsübergreifende, gesamteuropäische und globale Anstrengungen sind daher notwendig.

Der Versuch, eine strenge Grenzpolitik, die auf Abschreckung zielt, mit gleichzeitigen Umsiedlungsprogrammen für ausgesuchte Personengruppen auf dem eigenen Territorium zu kombinieren, soll dazu dienen, gleichzeitig die moralischen Ansprüche einer liberalen Demokratie und die der internationalen Verpflichtungen zu wahren. Den eigenen Implementierungspflichten wird jedoch häufig so wenig wie möglich nachgekommen, die Grenzregime für Migration stattdessen möglichst in Partnerländer mittels Abkommen verlagert. Dies gilt im strengen Sinne auch für Europa, betrachtet man die zögerliche Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten an der Umverteilung der Flüchtlinge und der Lastenteilung sowie das Türkei-Übereinkommen. Diese Strategie wird in anderen westlichen Ländern bereits seit Längerem verfolgt, wie die Beispiele Kanada und Australien belegen.³³

Das Übereinkommen mit der Türkei folgt der Logik, nicht nur illegale Grenzübertritte zu sanktionieren und damit Schleppern das Handwerk zu legen mit dem Ziel, die Anzahl der ertrunkenen Flüchtlinge zu reduzieren, sondern gleichzeitig legale Einreisemöglichkeiten auf sicheren Wegen zumindest für syrische Flüchtlinge zu eröffnen. Ob diese Logik greift und die Voraussetzungen dafür tatsächlich geschaffen werden können, muss sich erst noch erweisen. Auch die hochgesteckten Ziele für die Harmonisierung einer gemeinsamen Asyl-, Integrations-, und Grenzpolitik und der Entwicklung funktionierender, permanenter Mechanismen müssen erst noch umgesetzt werden, um Handlungsfähigkeit auf EU-Ebene zu erreichen. Die in der EU diskutierten weitergehenden Vorschläge schließen sogar eine EU-Agentur ein, die sicherstellt, dass innerhalb der EU einheitlich über Asyl entschieden wird. In letzter Konsequenz müsste auch über eine Harmonisierung der Sozialleistungen für Flüchtlinge nachgedacht werden, um Pull-Faktoren in einzelne EU-Staaten zu reduzieren. Auf Dauer wird die Aufnahme von Flüchtlingen, die über sichere Drittstaaten wie die Türkei einreisen, schwer vermittelbar sein, da diese den Verfolgten grundsätzlich Schutz gewähren kann.³⁴ Die unterschiedlichen Haltungen der EU-Länder in der Flüchtlingsfrage zeigen einen starken Dissens bei der Aufnahmebereitschaft.

Unvollständige Registrierungen, unzureichende Identitätsfeststellungen sowie das Verschwinden von bereits erfassten Personen etwa in Deutschland sind unnötige Risikofaktoren für ganz Europa, denen in Zukunft besser begegnet werden sollte. Die faktische Schließung der Balkanroute führt zu einer Atempause, die es erlaubt, bessere Vorsorge- und Integrationsmaßnahmen zu treffen. Auch darauf, dass die Lösung Griechenland-Türkei nicht funktioniert und bei Misserfolg die Flüchtlinge auf andere Routen z. B. über Libyen³⁵ nach Italien ausweichen, sollten wir vorbereitet sein.

33 Siehe hierzu *Lorenz Neuberger* in dieser Ausgabe.

34 Sicherlich kann am Regime Kritik geübt werden, aber als Transit- und Ankunftsland für Flüchtlinge im Drittstaat Türkei scheinen diese (bisher) nicht vom System bedroht zu sein, wenn keine Abschiebung nach Syrien erfolgt. Dessen ungeachtet können Staatsbürger, deren Herkunftsland die Türkei ist, berechnete Asylansprüche in Europa haben.

35 Es wird erwartet, dass über Libyen ein Zuzug zahlreicher Flüchtlinge aus Nordafrika erfolgt. Die Bundesregierung will gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP einen Stabilisierungsfonds für Libyen auflegen, u. a. um den Aufbau von Polizei und Küstenwache zu unterstützen (tagesschau.de 2016a).

Aus der Vergangenheit können wir lernen, dass Grenzsicherungen keine befriedigende Lösung sind – weder für das Risiko terroristischer Anschläge, die in der Regel durch dschihadistische „homegrown terrorists“ durchgeführt werden, noch zum Aufhalten von Flüchtlingsbewegungen, die sich dann nur in gefährlichere Gefilde verlagern, sofern ihnen keine menschenwürdigen Alternativen als Ankunftsorte geboten werden. Verstärkte Grenzkontrollen können dennoch notwendig sein, um nach Möglichkeit kriminelle und radikalisierte an der Einreise zu hindern. Eine Verstärkung der Grenzen bietet für die Hauptgefahr der Radikalisierung innerhalb Europas allerdings keine Lösung. Flüchtlinge stellen nicht die Hauptgefahr für Anschläge in Europa dar, werden aber insbesondere seit den jüngsten Brüsseler Anschlägen als Gefahrenverstärker diskutiert, da Terroristen mit falschen Identitäten einreisen oder Flüchtlinge im Aufnahmestaat rekrutieren könnten. Die Anziehungskraft dschihadistischer Subkultur auf einige Muslime, insbesondere der zweiten oder dritten Einwanderergeneration, wird nur mit umfassenden Ansätzen zu schwächen sein.

Gleichzeitig herrscht Konsens, dass Fluchtursachen stärker bekämpft werden müssen. Dazu zählt auch der Verhandlungsprozess in Syrien, durch den eine Waffenruhe erreicht wurde. Doch nicht nur Flüchtlinge aus Syrien, sondern auch aus anderen Staaten sind eine Herausforderung für die Fluchtprävention in den Herkunftsländern sowie die lokale Versorgung oder gar Integration im Transit- und Empfängerstaat. Eine unzureichende lokale Versorgung kann dazu führen, dass der Fluchtweg erneut aufgenommen wird. Zur Ursachenbekämpfung des BMZ gehören daher auch Projekte, wie Bildungsangebote für syrische Flüchtlingskinder und Förderung gewaltfreier Konfliktlösung im Libanon, Hilfe bei Rückkehr und Neustart in Mali, solarbetriebene Wasserpumpen für Trinkwasserbrunnen im Tschad und Dialogprojekte zwischen syrischen und jordanischen Jugendlichen in Jordanien (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2015). Allerdings verfügen wir bisher nicht über die Mittel, allen Arten der Verfolgung etwa in autoritären Systemen vorzubeugen. Die Anziehungskraft der liberalen europäischen und deutschen Systeme wird bestehen bleiben. Da die Fluchtgründe zudem häufig nicht nur von politischer, sondern auch von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit geprägt sind, formulieren einige das Ziel einer engeren Verknüpfung zwischen Entwicklungshilfe und Migrationspolitik sowie einer humaneren Weltwirtschaftsordnung (siehe Politikerbeiträge in diesem Heft) sowie die stärkere Berücksichtigung der Auswirkungen unserer Migrationspolitik auf die Herkunftsländer.



Patricia Schneider, Dr. phil., wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Akademische Koordinatorin und Dozentin im Masterprogramm "Peace and Security Studies", Chefredakteurin und Mitherausgeberin der S+F.

8. Literatur

ACAPS 2016: Refugee/migrant crisis in Europe: scenarios. Possible Developments in transit countries over the next 6 months, in: <http://www.acaps.org/img/documents/r-160324-balkan-transit-countries-scenarios-final.pdf>; 11.4.2016.

Ahmed, Reem/Pisoiu, Daniela 2016: Beyond borders: the transnational identity of the jihadi subculture in Europe, Vienna.

Allsopp, Jennifer/Sigona, Nando 2016: Mind the gap: why are unaccompanied children disappearing in their thousands?, in: <https://www.opendemocracy.net/5050/nando-sigona-and-jennifer-allsopp/mind-gap-why-are-unaccompanied-children-disappearing-in-thous>; 07.4.2016.

Amnesty International 2016: Syria's refugee crisis in numbers, in: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/02/syrias-refugee-crisis-in-numbers/>; 15.3.2016.

Andersson, Ruben 2016: Why Europe's border security approach has failed – and how to replace it.

Athronot, Yedioth 2015: Interview mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, in: <http://www.botschaftisrael.de/2015/10/02/interview-mit-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel/>; 02.10.2015.

Basil, Yousuf/Hanna, Jason/Karimi, Faith 2015: San Bernardino shooters 'supporters' of ISIS, terror group says, in: <http://edition.cnn.com/2015/12/05/us/san-bernardino-shooting/index.html>; 18.3.2016.

BBC 2006: Profile: Shehzad Tanweer, in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk/4762313.stm>; 18.3.2016.

BBC 2015: Brussels police detain three over 'New Year terror plot', in: <http://www.bbc.com/news/world-europe-35199793>; 18.3.2016.

BBC 2016: France train shooting suspect profile: Ayoub El-Khazzani, in: <http://www.bbc.com/news/world-europe-34032218>; 18.3.2016.

Benhöfer, Elsa/Dünnwald, Stephan/Düvell, Franck/Kopp, Judith/Kopp, Karl/Krämer, Anna/Sow, Mariame/Stathopoulos, Alex/Wirsching, Sophia 2013: Im Schatten der Zitadelle. Der Einfluss des Europäischen Migrationsregimes auf „Drittstaaten“.

bento 2016: Anschläge von Paris: Was wir über die Täter wissen, in: <http://www.bento.de/today/anschlaege-von-paris-was-wir-ueber-die-taeter-wissen-125616/>; 18.3.2016.

Bertelsmann Stiftung 2015: Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung.

Bewarder, Manuel 2015: „Haben nur zehn Prozent der Flüchtlinge kontrolliert“, in: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article150179719/Haben-nur-zehn-Prozent-der-Fluechtlinge-kontrolliert.html>; 30.3.2016.

Bötel, Frank 2015: EU-Mission im Mittelmeer: Fragen und Antworten zur Phase 2, in: http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/NYu9CsJAEIFaDdBUGPnkcBcIjYxNnJlRbWp2HdGAg-vHeCMzDfDP4wORg3zxZ5RiSwzt2A5_6Ffp1JCAOL0u6EXhWJeejBGh5_nrdsM3_tBtiM2pFJRTTmI1CsxR1GWyiCQCPGJXILUpD8Vf5adqj-ba7PZVfTE3nL0_fwG6QMl8/; 07.10.2015.

Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst 2016: Aus den Augen, aus dem Sinn: Externalisierung und Regionalisierung von Migrations- und Flüchtlingspolitik (Hintergrundpapier).

Bundesagentur für Arbeit 2016: Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. Hintergrundinformation, in: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf>; 01.4.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2014: Subsidiärer Schutz, in: <http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Subsidiar/subsidiar-node.html>; 30.3.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016a: EASY, in: https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=1504436&lv2=1364170; 30.3.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016b: Glossar. Folgeantrag, in: https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=1504430&lv2=1364172; 09.3.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016c: 476.649 Asylanträge im Jahr 2015, in: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/201610106-asylgeschaefsstatistik-dezember.html>; 30.3.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016d: Asylgeschäftsstatistik für den Monat Dezember 2015, in: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201512-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.html>; 10.3.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016e: Asylgeschäftsstatistik für den Monat Januar 2016, in: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201601-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.html?nn=1367522>; 10.3.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016f: 100.000 Entscheidungen in zwei Monaten, in: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/20160308-asylgeschaefsstatistik-februar.html>; 08.4.2016.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016g: Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: Februar 2016, in: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile; 31.3.2016.

Bundesgesetzblatt 2015: Verordnung zum Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, in: http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&start=//%255B@attr_id=%27bgbl115s1789.pdf%27%255D#_bgbl_%2F%2F*%40attr_id%3D%27bgbl115s1789.pdf%27__1460109409408; 08.4.2016.

Bundesgesetzblatt 2016: Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren, in: http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl116s0390.pdf; 04.4.2016.

Bundesministerium des Innern 2015: Erstes Lagebild im Kontext von Zuwanderung, in: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/11/lagebild1-im-kontext-zuwanderung-2015.html>; 15.3.2016.

Bundesministerium des Innern 2016: „Wir weren auch künftig unsere Werte hochhalten“, in: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Kurz-meldungen/DE/2016/03/sonder-ji-rat-in-bruessel.html?nn=3315850>; 04.4.2016.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2015: Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren, in: <https://www.bmz.de/webapps/flucht/#/de>; 05.11.2015.

Bundesregierung 2015: Effektive Verfahren, frühe Integration. Gesetzespaket in Kraft getreten, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-15-asyl-fluechtlingspolitik.html>; 26.10.2015.

Bundesregierung 2016a: Länder wollen Staatsbürger zurücknehmen. De Maizière in Nordafrika, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/02/2016-02-29-de-maiziere-maghreb-rueckfuehrungen-abgelehnte-asylbewerber.html>; 13.3.2016.

Bundesregierung 2016b: Kürzere Verfahren, weniger Familiennachzug. Asylpaket II in Kraft, in: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/02/2016-02-03-asylpaket2.html>; 05.4.2016.

Bundeswehr 2015: Seenotrettung Mittelmeer, in: http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LclBDKBADEbhs7iA7u-3cAhvpyjD-jmToyLRKnZyFv9eXRRF_KlyR2KcqZBhqjOFuw71gh-qixPx85jFhcczGD_gP-on3FHxkHqgFavML91ETH1jcvkjYmfg!/; 15.3.2016.

Bundeswehr 2016: Der Einsatz der Bundeswehr im Mittelmeer (EUNAVFOR MED – Operation Sophia), in: http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw/!ut/p/c4/LYuxDYAwDARnYYG4p2MLoEEO-eZAVJ0HBGMTOpEBf3emeZmrLfmvOjIwZ0kjTKr1_nH8CFkg-2d6G-HO2C6q9gLxyu9txkTQguoP6tpCRm0ARUOulQXfgl-yA/; 15.3.2016.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2016a: Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Prien, Dennis Gladiator, Franziska Grunwaldt, Jörg Hamann, Philipp Heißner und Michael Westenberger (CDU) vom 12.01.16 und Antwort des Senats. „Flüchtlingsmonitoring“ – Wie ist die Situation Ende Dezember 2015?, in: <https://kleineanfragen.de/hamburg/21/2837>; 15.3.2016.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2016b: Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Prien, Dennis Gladiator, Franziska Grunwaldt, Jörg Hamann, Philipp Heißner und Michael Westenberger und Antwort des Senats (CDU) vom 14.03.16. „Flüchtlingsmonitoring“ – Wie ist die Situation Ende Februar 2016?, in: <https://kleineanfragen.de/hamburg/21/3646>; 08.4.2016.

Cabrejas, Cristina 2016: Italy prepares for surge in refugees, in: <http://www.euractiv.com/section/global-europe/news/italy-prepares-for-surge-in-refugee-numbers-as-balkan-route-closes-down/>; 05.4.2016.

- Caro, Céline-Agathe/Schramm, Lucas* 2015: Die Flüchtlings- und Asylpolitik der EU. Eine Bestandaufnahme, in: <http://www.kas.de/wf/de/33.42823/>; 10.3.2016.
- Collier, Paul* 2014: Exodus Warum wir Einwanderung neu regeln müssen // Exodus, München.
- Cotovio, Vasco/Cruickshank, Paul/Hanna, Jason* 2015: Brussels' New Year's festivities canceled in wake of alleged plot, in: <http://edition.cnn.com/2015/12/29/europe/belgium-terror-arrests/>; 18.3.2016.
- Cremer, Hendrik* 2016: Menschenrecht Asyl, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 66: 10-11, 40–44.
- De Persgroep Digital* 2016: Les mandats d'arrêt de trois suspects de la cellule de Verviers prolongés, in: <http://www.7sur7.be/7s7/fr/1502/Belgique/article/detail/2628276/2016/02/25/Les-mandats-d-arret-de-trois-suspects-de-la-cellule-de-Verviers-prolonges.dhtml>; 18.3.2016.
- Delvaux, Beatrice* 2016: „Die Terroristen sind durch unsere Schulsysteme gegangen“. Jean-Claude Juncker, in: <http://www.welt.de/politik/ausland/article153631880/Die-Terroristen-sind-durch-unsere-Schulsysteme-gegangen.html>; 01.4.2016.
- Der Tagesspiegel* 2016a: Erstunterkünfte stehen zur Hälfte leer, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-erstunterkuenfte-stehen-zur-haelfte-leer/13345556.html>; 30.3.2016.
- Der Tagesspiegel* 2016b: Brüsseler Dschihadisten wollten eigentlich Frankreich treffen. Terror in Frankreich und Belgien, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/terror-in-frankreich-und-belgien-bruesseler-dschihadisten-wollten-eigentlich-frankreich-treffen/13426336.html>; 11.4.2016.
- Dernbach, Andrea* 2016: Zahl der Migranten ohne Papiere dürfte weiter steigen. Flüchtlinge und Illegalität, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/fluechtlinge-und-illegalitaet-zahl-der-migranten-ohne-papiere-duerfte-weiter-steigen/13048502.html>; 04.3.2016.
- Deutsche Botschaft Kabul* 2015: #RumoursAboutGermany, in: <http://www.kabul.diplo.de/Vertretung/kabul/en/03/FluchtMigrationEN/RumoursOV.html>; 08.4.2016.
- Deutsche Welle* 2015: Italy battles to house migrants at border with France, in: <http://www.dw.com/en/italy-battles-to-house-migrants-at-border-with-france/a-18516080>; 08.4.2016.
- Deutscher Bundestag* 2015a: Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes. Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/061/1806185.pdf>; 30.3.2016.
- Deutscher Bundestag* 2015b: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Wolfgang Gehrcke,Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. „Informationsstrategie“ und „Gegendiskurse“ zur Verhinderung unerwünschter Migration, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/071/1807190.pdf>; 05.4.2016.
- Deutscher Bundestag* 2016: Antwort der Bundesregierung. Beteiligung, Förderung und Schutz von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durch die Kinder- und Jugendhilfe, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/076/1807621.pdf>; 14.3.2016.
- Deutscher Städte- und Gemeindebund* 2016: Deutschland umbauen. BILANZ 2015 und AUSBLICK 2016 der deutschen Städte und Gemeinden, in: <http://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2015-2016/Investitionen%20erm%C3%B6glichen%20und%20Finanzkraft%20der%20Kommunen%20st%C3%A4rken/Bilanz%20DStGB%202015-2016%20klein.pdf>; 07.4.2016.
- DG Centre de Crise* 2016: 19h30 – Attentats : toutes les victimes identifiées, in: <http://centredecrise.be/fr/news/gestion-de-crise/19h30-attentats-toutes-les-victimes-identifiees>; 01.4.2016.
- Diehl, Jörg* 2016: „Islamischer Staat“: Verfassungsschutz enttarnt weitere Verschwörer von Paris, in: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlaege-in-paris-wie-der-verfassungsschutz-weitere-terrorverdaechtige-enttarnte-a-1077579.html>; 18.3.2016.
- Encyclopædia Britannica* 2016: Madrid train bombings of 2004. Terrorist attacks, Spain, in: <http://www.britannica.com/event/Madrid-train-bombings-of-2004>; 18.3.2016.
- Engler, Marcus/Ette, Andreas/Scheller, Friedrich* 2015: Wanderungsbewegungen deutscher Staatsangehöriger: „Brain Circulation“ statt „Brain Drain“, in: <http://www.migration-info.de/artikel/2015-03-19/wanderungsbewegungen-deutscher-staatsangehoeriger-brain-circulation-statt-brain-drain>; 30.3.2016.
- Englund, Will/Finn, Peter/Leonnig, Carol D.* 2013: Tsarnaev brothers' homeland was war-torn Chechnya, in: https://www.washingtonpost.com/politics/details-emerge-on-suspected-boston-bombers/2013/04/19/ef2c2566-a8e4-11e2-a8e2-5b98cb59187f_story.html; 18.3.2016.
- EurActiv* 2016: Frontex-Chef Leggeri fordert mehr Polizisten, in: <http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/frontex-chef-leggeri-fordert-mehr-polizisten/>; 30.3.2016.
- Euronews* 2015: EU verdreifacht die Mittel für Triton-Mission, in: <http://de.euronews.com/2015/04/23/eu-verdreifacht-die-mittel-fuer-triton-mission/>; 16.3.2016.
- Europäische Kommission* 2014: Frontex Joint Operation 'Triton' – Concerted efforts to manage migration in the Central Mediterranean, in: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-566_en.htm; 16.3.2016.
- Europäische Kommission* 2015a: A European Agenda on Migration. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, in: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/communication_on_the_european_agenda_on_migration_en.pdf; 01.4.2016.
- Europäische Kommission* 2015b: Migration besser bewältigen – die Europäische Agenda für Migration, in: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4956_de.htm; 30.3.2016.
- Europäische Kommission* 2015c: The Hotspot Approach to Managing Exceptional Migratory Flows, in: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/background-information/docs/2_hotspots_en.pdf; 22.3.2016.
- Europäische Kommission* 2015d: Refugee Crisis – Q&A on Emergency Relocation, in: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5698_en.htm; 04.4.2016.
- Europäische Kommission* 2016a: Communication from the Commission to the European Parliament and the Council. On the State of Play of Implementation of the Priority Actions under the European Agenda on Migration, in: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/index_en.htm; 10.3.2015.
- Europäische Kommission* 2016b: Member States' notifications of the temporary reintroduction of border control at internal borders pursuant to Article 23 et seq. of the Schengen Borders Code, in: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/reintroduction-border-control/docs/ms_notifications_-_reintroduction_of_border_control_en.pdf; 08.4.2016.
- Europäische Kommission* 2016c: Member States' Support to Emergency Relocation Mechanism, in: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-6134_en.htm; 08.3.2016.
- Europäische Kommission* 2016d: EU-Turkey Agreement: Questions and Answers. European Commission – Fact Sheet, in: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-963_en.htm; 22.3.2016.
- Europäische Kommission* 2016e: Commission makes immediate proposal to implement EU-Turkey agreement: 54,000 places allocated for resettlement of Syrians from Turkey, in: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-981_en.htm; 01.4.2016.
- Europäische Kommission* 2016f: Erneuerung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und Schaffung sicherer und legaler Wege nach Europa: EU-Kommission stellt Reformoptionen vor, in: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-1246_de.htm; 07.4.2016.
- Europäisches Parlament* 2016: Abgeordnete schlagen EU-Zentralregister für Asylwerber und nationale Verteilschlüssel vor, in: <http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/20160315IPR19462/EU-Zentralregister-f%C3%BCr-Asylwerber-und-nationale-Verteilschl%C3%BCssel>; 22.3.2016.
- European External Action Service* 2016: 208 migrants rescued by EU-NAVFOR MED operation Sophia's assets, in: http://www.eeas.europa.eu/csdp/missions-and-operations/eunavfor-med/news/20160307_02_en.htm; 15.3.2016.
- European Muslim Network* 2015: The Global Challenge of Migration, in: http://www.euro-muslims.eu/pdf/EMN_the%20global_challenge_migration.pdf; 07.3.2016.

- Eurostat* 2016: Record number of over 1.2 million first time asylum seekers registered in 2015, in: <http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-press-releases/-/3-04032016-AP>; 10.3.2016.
- Faigle, Philip* 2016: „Wir blicken schrecklichen humanitären Zuständen entgegen“, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/ungarn-europa-asylpolitik-balog-fluechtlinge>; 30.3.2016.
- Fargues, Philippe* 2015: 2015: The Year we mistook refugees for invaders (Policy Brief).
- Fourquet, Jérôme* 2016: Six Months After :Europeans Facing The Migrant Crisis, in: <http://www.jean-jaures.org/content/download/22411/239903/version/5/file/noteFJJ-304%28eng%29.pdf>; 05.4.2016.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2016a: Gipfel im Kanzleramt: Darauf hat sich die große Koalition geeinigt, in: *Frankfurter Allgemeine FAZ*, 14.4.2016.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2016b: Sachverständigenrat erwartet durch Flüchtlinge 250.000 Arbeitslose mehr. Bis Ende 2017, in: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/sachverstaendigenrat-erwartet-durch-fluechtlinge-250-000-arbeitslose-mehr-14141577.html>; 01.4.2016.
- Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Wagner, Wolfgang* (Hrsg.) 2011: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Berlin.
- Fröhlich, Christiane* 2016: Abschlussbericht über mein Klimamigrationsprojekt mit Fokus auf Syrien (Jahresbericht).
- Frontex* 2015: Frontex expands its Joint Operation Triton, in: <http://frontex.europa.eu/news/frontex-expands-its-joint-operation-triton-udpbbHP>; 16.3.2016.
- Frontex* 2016a: Eurosur, in: <http://frontex.europa.eu/intelligence/eurosur/>; 16.3.2016.
- Frontex* 2016b: Risk Analysis for 2016, in: http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Annula_Risk_Analysis_2016.pdf; 05.4.2016.
- Ghelli, Fabio/Janke, Carsten* 2015: Wie wirkt die Flüchtlingsmigration auf die Wirtschaft? Konjunkturprognosen, in: <https://mediendienst-integration.de/artikel/fluechtlinge-wirtschaft-prognosen-institute-konjunktur.html>; 11.4.2016.
- Gotev, Georgi* 2016: Amnesty says Turkey illegally sending Syrians back to war zone, in: <http://www.euractiv.com/section/justice-home-affairs/news/amnesty-says-turkey-illegally-sending-syrians-back-to-war-zone/>; 01.4.2016.
- Graf, Johannes* 2016: Welche Regeln gelten für Ausweisungen? So ist die Rechtslage, in: <http://www.n-tv.de/politik/Welche-Regeln-gelten-fuer-Ausweisungen-article16743621.html>; 12.1.2016.
- Greenhill, Sam/Gysin, Christian/Sinmaz, Emine* 2013: Making of a middle-class fanatic: Descent into evil of teenager from devout Christian family who became drug user radicalised by hate preacher, in: <http://www.dailymail.co.uk/news/article-2329958/Woolwich-attack-Descent-evil-teenager-Michael-Adebolajo-devout-Christian-family.html>; 18.3.2016.
- Gutschker, Thomas* 2016: Das Flüchtlingsabkommen mit der Türkei zeigt Wirkung. F.A.S.-Exklusiv, in: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/f-a-s-exklusiv-das-fluechtlingsabkommen-mit-der-tuerkei-zeigt-wirkung-14169678.html>; 11.4.2016.
- Henley, Jon* 2015: Belgian police arrest two over suspected New Year's Eve attack plot, in: <http://www.theguardian.com/world/2015/dec/29/belgian-police-arrest-two-suspected-new-years-eve-attack>; 18.3.2016.
- Hilmer, Richard* 2016: EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, wozu sorgen sich die Bürger? Eine repräsentative 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, durchgeführt von policy matters.
- History.com* 2014: Boston Marathon Bombings, in: <http://www.history.com/topics/boston-marathon-bombings>; 18.3.2016.
- ICSR* 2016: ICSR Analysis on Brussels Attack, in: <http://icsr.info/2016/03/icsr-analysis-brussels-attack/>; 30.3.2016.
- International Organization for Migration* 2016a: Compilation of Available Data and Information – 2015 Overview, in: <http://doe.iom.int/docs/Flows%20Compilation%202015%20Overview.pdf>; 21.3.2016.
- International Organization for Migration* 2016b: Analysis: Flow monitoring Surveys. Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond, in: <http://migration.iom.int/europe/>; 04.4.2016.
- International Organization for Migration* 2016c: Analysis: Flow Monitoring Surveys. Mixed Migration Flows in the Mediterranean and Beyond, in: <http://migration.iom.int/europe/>; 05.4.2016.
- International Organization for Migration* 2016d: 56,577 stranded migrants and refugees, in: <http://migration.iom.int/europe/>; 04.4.2016.
- Interpol* 2016: Laachraoui, Najim. Wanted by the judicial authorities of France for prosecution / to serve a sentence, in: <http://www.interpol.int/notice/search/wanted/2016-18544>; 01.4.2016.
- Janke, Carsten* 2016: Herkunft entscheidet über Integrations-Chancen, in: http://mediendienst-integration.de/artikel/bleibeperspektive-asylverfahren-asyl-integrationskurs-afghanistan-syrien.html?utm_source=Themen-Alert+Mediendienst+Integration&utm_campaign=8364fbf75d-M%C3%A4rz+2016&utm_medium=email&utm_term=0_e43692422d-8364fbf75d-77136161; 14.3.2016.
- Jansen, Frank* 2016a: Angriffe auf Flüchtlingsheime nehmen weiter zu. Rechtsextreme Straftaten, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextreme-strafaten-angriffe-auf-fluechtlingsheime-nehmen-weiter-zu/13305512.html>; 10.3.2016.
- Jansen, Frank* 2016b: BKA untersucht Anschlagdrohung des IS. Attacken in Deutschland?, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/attacken-in-deutschland-bka-untersucht-anschlagsdrohung-des-is/13384982.html>; 01.4.2016.
- Kinkartz, Sabine* 2016: Streitpunkt Flüchtlinge, in: <http://www.dw.com/de/streitpunkt-fl%C3%BCchtlinge/a-19082706>; 29.2.2016.
- Lammers, Annekarin* 2016: Ankommen statt abwarten. Nahles plant Gesetz zur Integration, in: <https://www.tagesschau.de/inland/integrationsgesetz-101.html>; 05.3.2016.
- Lehmann, Julian* 2015: Ein Rückblick auf die EU-„Flüchtlingskrise“ 2015, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 65: 52, 7–11.
- Lenz, Ramona* 2016: Export der Abschottung. Die Auslagerung der Migrationskontrolle globalisiert die Politik der Ausgrenzung.
- Markard, Nora* 2012: Kriegsflüchtlinge. Gewalt gegen Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten als Herausforderung für das Flüchtlingsrecht und den subsidiären Schutz, Tübingen.
- Markard, Nora* 2014: Das Recht auf Ausreise zur See. Rechtliche Grenzen der europäischen Migrationskontrolle durch Drittstaaten, in: *Archiv des Völkerrechts* 52: 4, 449–494.
- Mediendienst Integration* 2015: Wie ist die Situation in den 10 Herkunftsländern, aus denen die meisten Asylsuchenden kommen? Informationspapier (Stand: August 2015); 30.3.2016.
- Mediendienst Integration* 2016: Islamistischer Extremismus und Terror, in: https://mediendienst-integration.de/desintegration/militanter-islamismus.html?utm_source=Themen-Alert+Mediendienst+Integration&utm_campaign=625334621d-M%C3%A4rz+2016&utm_medium=email&utm_term=0_e43692422d-625334621d-77136161; 11.4.2016.
- Meisner, Matthias* 2016: Flüchtlinge bleiben in Idomeni, Helfer ratlos, in: <http://www.tagesspiegel.de/politik/griechenland-fluechtlinge-bleiben-in-idomeni-helfer-ratlos/13370548.html>; 30.3.2016.
- Metz, Johanna* 2016: »Europa wird es schaffen«. EU-Türkei-Abkommen, in: https://www.das-parlament.de/2016/12_13/titelseite/-/415900; 30.3.2016.
- Migration Policy Group* 2015: EU-wide: Small increase in spending and GDP if countries successfully invest in newcomer refugees, in: <https://ec.europa.eu/migrant-integration/news/eu-wide-economic-forecast--small-increase-in-spending-and-gdp-if-countries-successfully-invest-in-newcomer-refugees?lang=de>; 15.3.2016.
- Ministero Della Difesa* o.J.: Mare Nostrum Operation, in: <http://www.marina.difesa.it/EN/operations/Pagine/MareNostrum.aspx>; 14.3.2016.
- Missing Migrants Project* 2016: Mediterranean Sea. Data of Missing Migrants, in: <http://missingmigrants.iom.int/mediterranean>; 14.3.2016.
- Mogherini, Federica* 2015: Council Decision (CFSP) 2015/972 of 22 June 2015. Launching the European Union military operation in the southern Central Mediterranean (EUNAVFOR MED), in: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32015D0972>; 15.3.2016.

- Monitor* 2016: Kommunen am Limit? Interaktive Karte, in: <http://kommunen.monitor.de/>; 07.4.2016.
- Mützel, Daniel* 2016: Amnesty: Türkei schiebt afghanische Flüchtlinge ab, in: <http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/amnesty-tuerkei-schiebt-afghanische-fluechtlinge-ab/>; 29.3.2016.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* 2015a: Global Terrorism Database. Incident Summary: 03/02/2011, in: <https://www.start.umd.edu/gtd/search/IncidentSummary.aspx?gtidid=201103020018>; 18.3.2016.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* 2015b: Global Terrorism Database. Incident Summary: 05/22/2013, in: <https://www.start.umd.edu/gtd/search/IncidentSummary.aspx?gtidid=201305220004>; 18.3.2016.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* 2015c: Global Terrorism Database. Incident Summary: 05/24/2014, in: <https://www.start.umd.edu/gtd/search/IncidentSummary.aspx?gtidid=201405240153>; 18.3.2016.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* 2015d: Global Terrorism Database. Incident Summary: 12/15/2014, in: <https://www.start.umd.edu/gtd/search/IncidentSummary.aspx?gtidid=201412150032>; 18.3.2016.
- National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism* 2015e: Global Terrorism Database. Incident Summary: 03/11/2004, in: <https://www.start.umd.edu/gtd/search/IncidentSummary.aspx?gtidid=200403110004>; 18.3.2016.
- Norddeutscher Rundfunk* 2016: Buch widerlegt Vorurteil von Flüchtlingskriminalität, in: http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/fluechtlinge/Buch-widerlegt-Vorteil-von-Fluechtlingskriminalitaet,ulfkuech100.html; 30.3.2016.
- Norddeutscher Rundfunk/infratest dimap* 2016: Umfrage zum Thema „Flüchtlinge/Integration“. Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des NDRRedaktion „PANORAMA – Die Reporter“, in: http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/panorama6104.pdf; 31.3.2016.
- North Atlantic Treaty Organization* 2016: Assistance for the refugee and migrant crisis in Europe, in: http://nato.int/cps/en/natohq/topics_128746.htm?selectedLocale=en#; 16.3.2016.
- Phoenix* 2015: „Zwischen Flüchtlingsfrage und Terrorangst – Deutschland im Krisenmodus“, in: <https://www.phoenix.de/content/1024264>; 07.4.2016.
- Rat der Europäischen Union* 2016: Joint statement of EU Ministers for Justice and Home Affairs and representatives of EU institutions on the terrorist attacks in Brussels on 22 March 2016, in: <http://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2016/03/24-statement-on-terrorist-attacks-in-brussels-on-22-march/>; 30.3.2016.
- Ray, Michael* 2016: London bombings of 2005. Terrorist attacks, United Kingdom, in: <http://www.britannica.com/event/London-bombings-of-2005>; 08.3.2016.
- Regierung New South Wales* 2016: Inquest into the deaths arising from the Lindt Café siege, in: <http://www.lindtinquest.justice.nsw.gov.au/>; 08.4.2016.
- Robert Bosch Stiftung* 2016: Chancen erkennen – Perspektiven schaffen – Integration ermöglichen. Bericht der Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik (Zusammenfassung), in: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Bericht_Expertenkommission_Zusammenfassung.pdf; 06.4.2016.
- Rudolf, Beate* 2016: „Menschenrechte zu ignorieren, ist kurzsichtig“. EU-Gipfel zu Flüchtlingen, in: <https://mediendienst-integration.de/artikel/gastkommentar-beate-rudolf-menschenrechtsinstitut-rechts-verstoesse-bei-eu-gipfel-einigung-mit-tuerkei.html>; 30.3.2016.
- Siems, Dorothea* 2016: Warum Flüchtlinge das Fachkräfteproblem nicht lösen. IW-Studie, in: <http://www.welt.de/wirtschaft/article152779703/Warum-Fluechtlinge-das-Fachkraefteproblem-nicht-loesen.html>; 02.3.2016.
- SPIEGEL ONLINE* 2016: Balkanroute: Slowenien führt Obergrenze für Flüchtlinge ein, in: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/balkanroute-slowenien-fuehrt-obergrenze-fuer-fluechtlinge-ein-a-1079529.html>; 24.3.2016.
- Statistisches Bundesamt* 2016: Nettozuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2015 bei 1,1 Millionen. Pressemitteilung Nr. 105, in: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/03/PD16_105_12421.html; 30.3.2016.
- tagesschau.de* 2016a: Zehn Millionen Euro für Libyen. Steinmeier kündigt Hilfsfonds an, in: <http://www.tagesschau.de/ausland/libyen-263.html>; 11.4.2016.
- tagesschau.de* 2016b: Verfassungsschutz: IS falsch eingeschätzt. Terror des „Islamischen Staates“, in: <http://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-is-101.html>; 11.4.2016.
- Telegraph Media Group Limited* 2011: German Islamist terrorist confesses and blames fake jihad rape video for inspiring his crime, in: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/germany/8732756/German-Islamist-terrorist-confesses-and-blames-fake-jihad-rape-video-for-inspiring-his-crime.html>; 18.3.2016.
- Thränhardt, Dietrich* 2015a: Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung, in: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/mai/arbeitsmarktintegration-von-fluechtlingen/>; 08.2.2016.
- Thränhardt, Dietrich* 2015b: Warum das deutsche Asylsystem zu einem Bearbeitungsstau führt. Gutachten; 30.3.2016.
- UNHCR* 2015a: Global Trends. Forced Displacement in 2014, in: <http://unhcr.org/556725e69.html>; 10.3.2016.
- UNHCR* 2015b: Protecting and Supporting the Displaced in Syria. UNHCR Syria End of Year Report 2015, in: www.unhcr.org/56cad5a99.html; 14.3.2016.
- UNHCR* 2016a: Fragen & Antworten: Staatenlosigkeit, in: <http://www.unhcr.de/questions-und-answers/staatenlose.html>; 09.3.2016.
- UNHCR* 2016b: Syrian Asylum Applications. Europe, in: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/asylum.php>; 04.4.2016.
- UNHCR* 2016c: Syria Regional Refugee Response, in: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>; 15.3.2016.
- Wiener Zeitung* 2015: Grenzen werden dicht gemacht, in: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europastaaten/774336_Grenzen-werden-dicht-gemacht.html; 08.4.2016.
- Wikileaks* 2016: „EunavFOR MED – Operation SOPHIA“ – Six Monthly Report: June, 22nd to December, 31st 2015, in: wikileaks.org/eu-military-refugees/; 15.3.2016.
- ZEIT ONLINE* 2015: Ungarn schließt Grenze zu Kroatien, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/fluechtlingskrise-ungarn-kroatien-zaun>; 18.3.2016.
- ZEIT ONLINE* 2016a: Serbien und Slowenien schließen ihre Grenzen, in: <http://www.zeit.de/politik/2016-03/balkanroute-slowenien-serbien-grenzen-fluechtlinge-asyl>; 24.3.2016.
- ZEIT ONLINE* 2016b: Österreich plant Asyl-Schnellverfahren, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/oesterreich-fluechtlinge-asylantrag-obergrenze-hans-peter-doskozil-spoe>; 31.3.2016.
- ZEIT ONLINE* 2016c: Nato schickt unverzüglich Schiffe in die Ägäis, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/fluechtlingskrise-nato-schlepper-aegeais-beteiligung>; 10.3.2016.
- ZEIT ONLINE* 2016d: Wer ist der Mann mit dem Hut? Terroranschläge in Belgien, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/terroranschlaege-belgien-polizei-suche-terroristen-verdaechtige-hintermaenner>; 01.4.2016.
- Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge* 2016a: Monitoringbericht. Schaffung von Unterkünften zur Flüchtlingsunterbringung durch die Freie und Hansestadt Hamburg, in: <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-daten-fakten/nofl/4665786/monitoringbericht/>; 10.3.2016.
- Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge* 2016b: Klagen gegen Flüchtlingsunterkünfte. Gefällt mir Twittern „Google+1“-DummyVersendenVorlesenDruckenZentraler Koordinierungsstab FlüchtlingeÜbersicht, in: <http://www.hamburg.de/fluechtlinge-daten-fakten/4672976/klagen-gegen-unterkuenfte/>; 07.4.2016.